

Diskussionspapier

Forschungsgruppe EU Integration
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Julia Lieb / Benoît Roussel / Daniela Schwarzer

Falsche Fragen, falsche Antworten?

Wie Frankreich eine notwendige Zukunftsdiskussion verpasst

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapier FG 1, 2006/ 08, Juni 2006
SWP Berlin

Inhalt

I. Die EU – Geisel Frankreichs gegenwärtiger Krise oder Auslöser der französischen Malaise? 3

1. Geschwächt – oder doch Ton angehend? 4
2. Wechselwirkungen zwischen nationaler und europäischer Krise 5

II. Analyse des französischen Neins 9

1. Kontextbezogene Erklärung – Der VVE als Opfer einer ungünstigen politischen Lage 9
2. Strukturelle Erklärung – Das Referendum als Ausdruck einer politischen und sozialen Krise 11
3. „Inhaltliche“ Analyse der Debatte – Welche Botschaft für Europa? 15
 - 3.1 Eine Europa-Debatte vor dem Hintergrund einer national bezogenen Identitätsdiskussion im Kontext der Globalisierung 15
 - 3.2 Die europapolitischen Implikationen des französischen „Neins“ 19

III. Reaktionen und Entwicklungen nach dem Referendum: Verpasste Neuausrichtung 26

1. Die Europapolitik des Staatspräsidenten und der Regierung: Schönheitsoperationen statt grundlegende Reformen 26
2. Der Umgang mit dem Verfassungsvertrag: Verharren in französischen Denkmustern 30
 - 2.1 Positionen im Regierungslager 30
 - 2.2 Der konturlose PS 33
 - 2.3 Die Verfassungsgegner 35
3. Die Rückbesinnung auf die Grenzen Europas 35

IV. Schlussfolgerungen und Handlungsoptionen 37

1. Zusammenfassung der Ergebnisse 37
2. Handlungsoptionen 40
 - 2.1 Für Frankreich 40
 - 2.2 Für die EU-25 42

V. Anhang 45

1. Ergebnisse Referendum VVE 29. Mai 2005 45
2. Vergleich der Ergebnisse der Referenden VVE 2005 und Maastricht 1992 46
3. Zusammenfassung der europapolitischen Stellungnahmen wichtiger französischer Politiker seit dem Referendum zum VVE 47

VI. Literatur- und Quellenverzeichnis 52

- Sekundärliteratur 52
Dokumente, Reden und Meinungsbeiträge 53
Umfrageanalysen 55

I. Die EU – Geisel Frankreichs gegenwärtiger Krise oder Auslöser der französischen Malaise?

Am 29. Mai 2005 löste Frankreich mit der Ablehnung des Verfassungsvertrags (VVE) im Referendum in der EU eine Krise aus, aus der die 25 Mitgliedstaaten auch ein Jahr später noch keinen Ausweg gefunden haben. Die nunmehr ein Jahr andauernde „Reflexionsphase“ oder „Denkpause“ wurde beim Gipfel der EU-Außenminister in Klosterneuburg bei Wien am 27. und 28. Mai 2006 um „mindestens ein weiteres Jahr verlängert“. Es zeichnet sich ab, dass es bei den mitgliedsstaatlichen Regierungen und auch bei der EU-Kommission sehr unterschiedliche Überlegungen zu adäquaten Reaktionen auf das „Non“ der Franzosen und das „Nee“ der Niederländer gibt. In der Diskussion vermischen sich die unterschiedlichsten Lesarten der Krise, die Prämissen und Interessen hinter den Vorstößen werden nicht offen gelegt, es fehlt an gemeinsamen Kriterien zur Bewertung der verschiedenen Vorschläge.¹ Ein Jahr nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags in den beiden Referenden herrscht daher weitgehende Unklarheit zur Zukunft des Vertragswerkes (oder bescheidener: zur Umsetzung seiner politischen Substanz).

Frankreich spielt beim Aufzeigen eines wie auch immer gearteten weiteren Wegs der Integration eine besondere Rolle, und das aus verschiedenen Gründen: Das Land hat von allen EU-Staaten im Vorfeld seines VVE-Referendums die wohl intensivste Europadebatte erlebt, und wird angesichts weiterer Referenden auch weiterhin damit befasst sein.² Es kann als Paradebeispiel dafür herangezogen werden, wie ein nationales politisches System unter „EU-Stress“ leidet und die politische Führung offensichtliche Schwierigkeiten hat, den selbst mit auferlegten Anpassungsdruck konstruktiv zu verarbeiten. Es ist der zweitgrößte (Gründer-)Staat der EU und mit Deutschland zusammen Kern der Wirtschafts- und Währungsunion. Kurzum: es ist ein Staat, ohne den die Zukunft der EU in ihrer heutigen Form nicht zu denken ist. Derselbe Staat liefert nun gleichzeitig ein politisches Lehrstück für eine nach innen gescheiterte Europapolitik.

Aus der durch die Negativ-Voten in Frankreich und den Niederlanden ausgelösten Krise muss nun ein Ausweg gesucht werden, der die Ablehnungsgründe versteht, akzeptiert und politisch verarbeitet, ebenso aber die Lage und Interessen in den 23 anderen Staaten (darunter bereits 12 Ratifizierer) berücksichtigt. Für die Analyse der französischen Situation bleibt damit die Frage wichtig, welche Schlussfolgerungen für die gesamte

¹ Vgl. Maurer, A./Schwarzer, D. (2006): Alle Karten auf den Tisch! Ansätze zur Überwindung der konstitutionellen Malaise in der EU. SWP-Aktuell 2006/28, Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2006.

² In Frankreich ist qua Verfassung festgelegt, dass alle EU-Beitritte nach Rumänien, Bulgarien und Kroatien den Wählern zur Abstimmung in weiteren Referenden vorgelegt werden.

EU sich aus den Ereignissen und Debatten in Frankreich ziehen lassen. Insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007, die es sich zum Ziel gesetzt hat, einen Weg aufzuzeigen, wie es mit dem Verfassungsvertrag weitergehen könnte, sind die europapolitischen Entwicklungen vor dem innenpolitischen Hintergrund in Frankreich von großem Interesse. Ihrer Analyse widmet sich dieses Diskussionspapier.

1. Geschwächt – oder doch Ton angehend?

Die Entwicklungen in Frankreich und in der EU erscheinen auf den ersten Blick paradoxal. Frankreich ist durch die Ablehnung des Verfassungsvertrags nicht etwa geschwächt und hat Einfluss auf die Entwicklungen in der EU eingebüßt – wenngleich die französische Diskussion im Vorfeld des Referendums und zu seinem ersten Geburtstag genau diese Entwicklung postuliert. Im Gegenteil: Der weitere Umgang mit dem Verfassungsvertrag scheint entscheidend davon abzuhängen, wie sich Frankreich positioniert. Anders als in der innerfranzösischen Diskussion und auch im Ausland erwartet wurde, ist Frankreich nach dem „Non“ und trotz der Machterosion seiner Regierung im Inneren nicht zur „Lame Duck“ geworden, die die anderen EU-Staaten an sich vorbei ziehen lassen muss. Frankreich hat vielmehr die EU in Bezug auf die Ratifizierung des Verfassungsvertrags insgesamt lahm gelegt und lässt die anderen Staaten auf sich warten. Ein Jahr nach der Ablehnung hat Frankreich noch keinen konkreten Beitrag dazu geleistet, das weitere Vorgehen mit den EU-Verfassungsvertrag oder einer Alternative zur Umsetzung der durch den Vertrag von Nizza vorgegebenen Reformen vorzuzeichnen.

Dabei war Frankreich das erste EU-Land, in dem es in einer öffentlich geführten breiten europapolitischen Auseinandersetzung eine „Nein“-Kampagne gab, die nicht grundsätzlich gegen Europa war, sondern ein „anderes“ Europa versprach, sollten die Wähler den Verfassungsvertrag ablehnen. Ein Jahr nach dem Referendum haben aber nicht nur diese „Nein-Vertreter“ kein schlüssiges Konzept vorgelegt, wie es mit Europa weitergehen könnte oder eine diesbezügliche Diskussion geführt. Auch die Regierung, die den VVE offiziell befürwortet³, beteiligt sich, wenn überhaupt, nur indirekt an der Diskussion um die Zukunft des VVE. Im Inneren Frankreichs hingegen ist die Debatte um die Bedeutung der europäischen Integration und des europapolitischen Selbstverständnisses weitestgehend zum Erliegen gekommen, so dass die „große Frage“ nach der Zukunft der EU (ob nun mit oder ohne Verfassungsvertrag) außen vor bleibt.

All dies wiederum bedeutet aber nicht, dass Frankreich keine Europapolitik macht. In diverser Hinsicht ist Frankreich seit dem Jahreswechsel 2005/2006 als Agendasetter aufgetreten, so zum Beispiel in Bezug auf die Umsetzung institutioneller Reformen auf Grundlage des Nizza-Vertrags, in

³ Durch ihre Unterschrift unter den Vertrag und die im Vorfeld des Referendums eingenommene Positionierung, die bislang nicht explizit revidiert wurde.

Bezug auf die Idee des „Europe des Projets“, also verschiedener politikfeldspezifischer Initiativen, die die Handlungs- und Wirkungsfähigkeit der EU zur Verbesserung der öffentlichen Meinung belegen sollen, und in Bezug auf die Diskussion um die Absorptionsfähigkeit der EU und die daraus folgenden Konsequenzen für die künftige Erweiterungsstrategie. Während die letzten beiden Initiativen eher darauf abzielen, den Kontext der Europadiskussion zu verändern, betrifft der erste Punkt direkt die Frage nach der Zukunft des VVE. Denn Frankreich hat eindeutige Vorschläge unterbreitet, die Inhalte des VVE vorwegnehmen – und damit seine Umsetzung als Gesamtwerk gefährden könnten.⁴ Das Kernthema der aktuellen Krisendiskussion – nämlich die Frage, wie ein politischer und gesellschaftlicher Konsens gefunden werden kann, der die vertraglich postulierten und politisch notwendigen Reformen ermöglicht und in der Lage ist, die zunehmend sichtbaren zentrifugalen Kräfte in der EU einzudämmen – lässt Frankreich jedoch unbeantwortet. Damit trägt es seinen Teil dazu bei, dass die durch die Staats- und Regierungschefs verordnete Reflexionsphase, die in Klosterneuburg jüngst um ein Jahr verlängert wurde, bislang für mehr Verwirrung als Klärung gesorgt hat.

2. Wechselwirkungen zwischen nationaler und europäischer Krise

Frankreichs Haltung in Bezug auf die VVE-Diskussion wird sich sicherlich im Laufe der nächsten Monate im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (voraussichtlich im Mai und Juni 2007)⁵ nicht wesentlich ändern. Ebenso wenig sollten alle Hoffnungen auf ein europapolitisch konstruktiveres und weitsichtigeres Frankreich an dieses Datum geknüpft werden. Ein Wechsel an der Staats- und Regierungsspitze kann in der Tat Blockaden lösen und neue Initiativen in Bezug auf die Inhalte des VVE möglich machen. Hintergrund der Unwilligkeit der politischen Elite, sich zu einem Kernprojekt der Europäischen Integration explizit zu positionieren, ist allerdings eine tief greifende innenpolitische Krise. Diese zeigt sich unter anderem am Vertrauens- und Führungsverlust von Regierung und Parlament sowie in gescheiterten Reformprojekten und Protest- und Gewaltwellen. Dahinter liegt ein über Jahrzehnte angestautes gesellschaftliches und politisches Protestpotenzial, dessen Ursachen auch in einer nicht konsequent verarbeiteten EU-Integration zu suchen sind. Die innerfranzösische Krise und die derzeitige Krise in der EU sind keine Entwicklungen, die unabhängig von einander ihren Lauf nehmen. Dies stellt folgende Grafik dar.

⁴ Siehe Maurer, A./Schwarzer, D. (2006): Alle Karten auf den Tisch. Ansätze zur Überwindung der konstitutionellen Malaise in der EU. SWP-Aktuell 28, Juni 2006,

⁵ Nach jetzigem Stand sind die Präsidentschaftswahlen für den 22. April 2007 und die Stichwahl für den 6. Mai 2007 vorgesehen. Die Parlamentswahlen (ebenfalls zwei Wahlgänge) müssen spätestens im Juni 2007 stattfinden.

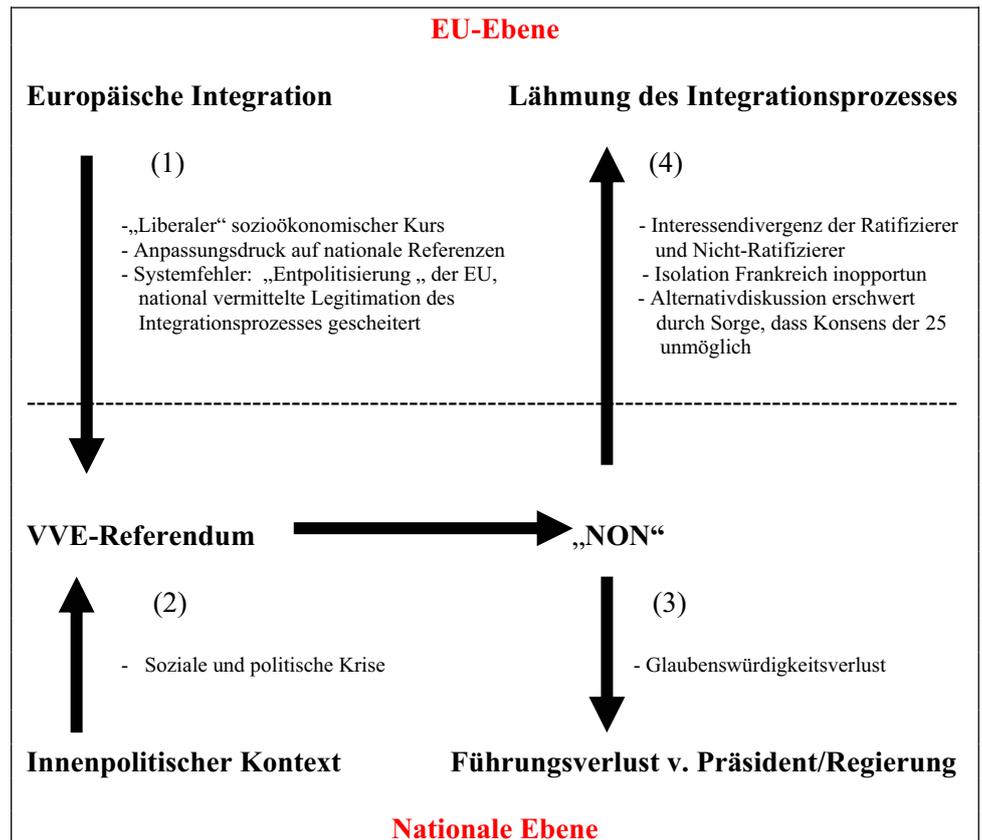


Abbildung 1: Frankreichs EU-Krise: Wechselwirkungen zwischen nationaler und EU-Ebene⁶

Offensichtlich lähmt die innerfranzösische Krise, die sich im Referendum entladen hat, heute den Fortschritt in der Europäischen Union und verhindert vielleicht über viele Jahre, dass wichtige, im VVE festgehaltene, Neuerungen umgesetzt werden. Gleichzeitig aber geht auch von der Europäischen Union ein Druck auf das französische System aus, der einen Gegendruck (das „Nein“ im Referendum) provoziert und damit seinerseits dazu beigetragen hat, die politische Führung Frankreichs weiter zu lähmen.

Unsere Analyse der Gründe des französischen „Non“ zum Verfassungsvertrag im ersten Teil dieses Diskussionspapiers lässt deutliche Anzeichen dafür erkennen, dass das politische System Frankreichs, die politische Elite und damit auch die Öffentlichkeit die mit den EU-Verträgen eingegangenen Entwicklungen und heutige Realität der EU nicht anerkannt und verarbeitet hat (1). Die Legitimationskrise der französischen Politiker auf der nationalen Ebene verstärkt die Legitimationskrise der EU, da diese indirekt ist und weitgehend auf den nationalen Entscheidungsträgern basiert. Schlimmer noch: der von der politischen Elite über Jahre propagierte Kurs des „Europe à la française“ musste zu einer Frustration der

⁶ Grafik basiert auf Daniela Schwarzer: Frankreichs innere und europapolitische Krise im Wechselspiel, (Arbeitstitel), noch unveröffentlichtes Manuskript, Juni 2006.

Bevölkerung mit „Europa“ führen, da die Realität Frankreichs in seiner erfolgten Einbindung in Binnenmarkt und Globalisierung offensichtlich eine andere ist als die propagierte Legende. Der als „neo-liberal“ klassifizierte Anpassungsdruck der von der Einbindung in den Binnenmarkt und in das europäische Entscheidungssystem resultiert, die beide auf der Grundlage der in den EU-Verträgen verankerten ordnungspolitischen Normen funktionieren, stellt nachweisbar nationale Referenzen in Frage.⁷ Diese „europäischen Faktoren“ in der französischen Referendumsdiskussion trafen zusammen mit einer wachsenden sozialen und politischen Krise im Inneren (2). Der Glaubwürdigkeitsverlust der Regierung, das Protestpotenzial gegen das mit überwiegender Mehrheit 2002 gegen den Rechtsradikalen Jean-Marie Le Pen im Amt bestätigte „système Chirac“, wachsende soziale Spannungen und eine immer tiefer werdende Kluft zwischen der „Pariser Elite“ im Zentrum der Macht und der Bevölkerung, schwächten die Führungskraft der den VVE unterstützenden Regierung und diejenigen Politiker der gemäßigten Oppositionsparteien, die sich ebenfalls für den VVE aussprachen. Der Sieg des Neins entzog seinerseits wiederum der politischen Führung Glaubwürdigkeit (3).

Die innerfranzösischen und europäischen Faktoren, die sich zusammen im französischen „Non“ zum EU-Verfassungsvertrag entluden, analysiert der zweite Teil des Diskussionspapiers mit Rückbezug auf bestehende Umfragedaten und Analysen. Unsere Analyse legt dabei besonderes Augenmerk auf die „europapolitische Botschaft“ des „Neins“. Dazu werden die Kernargumente der Europagegner zusammengefasst und vor dem Hintergrund der durch Umfragen herausgearbeiteten Ablehnungsgründe bewertet. Hieraus ergeben sich drei Schlussfolgerungen, wie politische Reaktionen auf das „Nein“ aussehen könnten, die den Ablehnungsgründen entgegen kommen.

Der dritte Teil des Papiers beschäftigt sich mit den europapolitischen Initiativen der Regierung und den europapolitischen Äußerungen der wichtigsten französischen politischen Akteure seit dem Referendum. Diese werden insbesondere daraufhin analysiert, wie sie auf die zuvor identifizierten Ablehnungsgründe reagieren. Die Analyse stellt einen deutlichen Mismatch zwischen der in Teil 2 identifizierten politischen Nachfrage und den vorgebrachten Antworten fest und erläutert mögliche Gründe hierfür. Die französische Regierung selbst hat keine schlüssige Antwort auf die Frage präsentiert, wie mit dem VVE (bzw. dem in ihm festgelegten Kompromiss zur Reform der Institutionen und Entscheidungsverfahren) umgegangen werden soll. Die von vielen Politikern immer wieder betonte Haltung, der VVE sei „tot“ oder bereits „begraben“ und ein „erneutes Referendum“ über den „gleichen Vertrag“ sei undenkbar, verengt die Debatte und macht die Diskussion über Alternativen schwierig. Frankreich lähmt damit die Zukunftsdiskussion, indem es zur Verschärfung der

⁷ Schild, J. (2005): Der europäisierte Gaullismus: Zur Wechselwirkung zwischen nationalen und europäischen Formen des Regierens, in: Schild, J./Uterwedde, H.: Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Interessendivergenz zwischen Ratifizierern und Nicht-Ratifizierern beiträgt (4). Für die Ratifizierer, bzw. die Länder, die den VVE nach wie vor klar unterstützen und in den nächsten Monaten zur Ratifikation schreiten wollen, zeichnet es sich bis heute nicht ab, dass ein Vorgehen ohne oder gar gegen Frankreich politisch und ökonomisch Sinn machen würde. So drohen dieses EU-Staaten und der VVE zur Geisel der französischen Krise zu werden.

Ziel unserer Untersuchung der Gründe des und der Lehren aus dem Nein und der seit Mai 2005 erfolgten Europadiskussion in Frankreich ist es, festzustellen, welche (alternativen) Vorschläge zur Zukunft der EU in Frankreich anknüpfungsfähig sein könnten – eine Antwort, die die Regierung bislang nicht gegeben hat, befindet sie sich doch bereits im Vorwahlkampf und hat bislang keinen Ausweg aus der Defensive gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern gefunden. Die Ergebnisse dieses Diskussionspapiers sollen Anhaltspunkte für eine sinnvolle Weiterführung der Debatte um den EU-Verfassungsvertrag in Frankreich, aber auch in anderen Mitgliedstaaten liefern. Darüber hinaus sollte sie Orientierung für den künftigen Umgang mit Frankreich in der Union und damit die Rolle des Landes für und in Europa geben. Im letzten Kapitel werden deshalb Handlungsoptionen aufgezeigt, wie die EU-Partner mit Frankreich umgehen könnten, und ihre potentiellen Konsequenzen diskutiert.

II. Analyse des französischen Neins

Aus der Vielzahl der Analysen des „Non“ zum VVE lassen sich zwei Erklärungslinien herausarbeiten. Die erste betont den politischen Kontext und kurzfristige Einflüsse, die zweite führt das Ergebnis auf tiefer liegende und langfristige Faktoren einer strukturellen Krise in Frankreich zurück. Im Folgenden analysieren wir die zentralen Argumente dieser Erklärungen, mit Rückbezug auf die Umfragen, auf denen sie basieren. Danach gleichen wir die wichtigsten identifizierten Ablehnungsgründe mit den inhaltlichen Argumenten der Verfassungsdiskussion ab.

1. Kontextbezogene Erklärung – Der VVE als Opfer einer ungünstigen politischen Lage

Weitgehend anerkannt ist die Meinung, dass ein Referendum keinen normalen „Wahlgang“ darstellt. Demnach hat eine Volksabstimmung immer auch einen plebiszitären Charakter, was bedeutet, dass ihr Ausgang nicht nur von der gestellten Frage abhängt, sondern auch von der Zufriedenheit mit demjenigen, der die Frage stellt: Im französischen Fall mit dem Staatspräsidenten und, im weiteren Sinne, mit seiner Regierung. Dem kurzfristigen politischen Kontext kommt demnach eine entscheidende Bedeutung für den Ausgang eines Referendums zu. Um diese Variable zu operationalisieren sind die von Dominique Reynié⁸ als „Kontextbedingungen“ vorgeschlagenen Faktoren hilfreich: Eine günstige wirtschaftliche Konjunktur, eine günstige politische Agenda, eine beliebte Exekutive, eine effiziente parteipolitische Unterstützung, und schließlich, dass die gestellte Frage klar ist und eine einfache Argumentation zulässt. Am 29. Mai 2005 war in Frankreich keine dieser Bedingungen erfüllt:

- So war erstens die wirtschaftliche und soziale Stimmung ausgesprochen negativ. Im März 2005 hatte die Arbeitslosenquote zum ersten Mal seit 2000 wieder die 10%-Marke überstiegen.⁹ Vor dem Hintergrund einer durch eine anhaltende Massenarbeitslosigkeit verunsicherten Gesellschaft häuften sich die Ankündigungen skandalträchtiger Unternehmensverlagerungen, während die von dem ehemaligen EU-Kommissar Frits Bolkestein vorgelegte „Dienstleistungsrichtlinie“ für die Gegner des VVE als Symbol und Paradeinstrument dieser gefährlichen Liberalisierungen heftig kritisiert wurde.¹⁰

⁸ Vgl. Reynié, D. (2005a): Radioscopie de la campagne référendaire. Beitrag zu den Journées nationales d'Etudes du Mouvement Européen France, Aix-en-Provence. S. 1

⁹ Vgl. Perrineau, P. (2005): Le référendum français du 29 mai 2005 – l'irrésistible nationalisation d'un vote européen, S. 232. In: Perrineau, P. (Hrsg.): Le vote européen 2004-2005. De l'élargissement au référendum français. Paris: Presses de Sciences Po, S. 229–244.

¹⁰ Vgl. hierzu: Maurer, A. (2006): Die Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag. Diskussionspapier der Forschungsgruppe EU-Integration, Stiftung Wissenschaft und

- Zweitens wuchsen parallel die Proteste gegen wichtige Vorhaben der Regierung, wie etwa die Schulreform von Bildungsminister François Fillon, die geplante Streichung von Arbeitsplätzen bei der Bahn und der Post, sowie die Abschaffung des Feiertags am Pfingstmontag.¹¹ Neben der nationalen politischen Agenda sorgte auch die europäische für Unstimmigkeiten, etwa die im Dezember 2004 gefallene Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der EU, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, was einer bekanntlich skeptischen französischen Bevölkerung einen zusätzlichen Grund zur Unzufriedenheit gab.¹²
- Entsprechend niedrig fielen drittens in den letzten Wochen des Referendums-Wahlkampfes die Vertrauenswerte von Staatspräsident Chirac (ständig unter 40%) und vor allem von Premier Raffarin (ständig unter 30%) aus.¹³
- Viertens war die Organisation, die Mobilisierungs- und Überzeugungs-fähigkeit des „Ja-Lagers“ im Wahlkampf schwach. Dieses Lager, das sich aus UMP, UDF, PS und Verts zusammensetzte, welche zusammen gerechnet die übergroße Mehrheit der französischen Wähler erreichen müssten, erschien in zweierlei Hinsicht zersplittert. *Erstens* zwischen den Parteien, denn etwa der PS, die Verts und sogar die zentristische UDF kombinierten ihre Unterstützung des VVE mit einer immer deutlicheren Kritik an Jacques Chirac und seiner Regierung. *Zweitens* innerhalb der Parteien: Die UMP, die Verts aber vor allem der PS mussten hinnehmen, dass namhafte Politiker von der offiziellen Parteiposition abwichen, im letzten Falle bis an die Spitze der Parteiführung in der Person von Ex-Premier Laurent Fabius. Diese Zersplitterung spiegelt sich deutlich im Wahlergebnis nach Parteienähe.

Klassifikation nach Parteienähe					
IPSOS	Ja	Nein	TNS-SOFRES	Ja	Nein
Extreme Linke	6	94	Extreme Linke	-	-
PCF	2	98	PCF	5	95
PS	44	56	PS	41	59
Verts	40	60	Verts	36	64
UDF	76	24	UDF	76	24
UMP	80	20	UMP	76	24
MPF	25	75	MPF	-	-
FN / MNR (extreme Rechte)	7	93	FN / MNR (extreme Rechte)	4	96

Quellen: Référendum 29 mai 2005 : Le sondage sorti des urnes, enquête réalisée par IPSOS pour Le Figaro, France 2 et Europe 1, erhoben am 29. Mai 2005. / Le référendum du 29 mai 2005, enquête Unilog tns-Sofres réalisée pour TF1, RTL et le Monde, erhoben am 29. Mai 2005.

Politik, 11. akt. Aufl., S. 20.

¹¹ Vgl. hierzu z.B. Schild, J. (2005): Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, S. 190. In: Integration, 03/2005, S. 187–200.

¹² Vgl. Reynié, D. (2005a), S. 2.

¹³ Vgl. tns-sofres, côte de popularité des Présidents et Premiers Ministres 1978-2006, <http://www.php.sofres.com>.

Den Parteiführungen von PS und Verts gelang es offensichtlich nicht, die eigenen Anhänger für die offizielle Parteiposition zu mobilisieren. Die Parteien, die gegen den VVE argumentiert hatten (Extreme Linke, PCF, MPF, FN, MNR) konnten hingegen eine quasi uneingeschränkte Unterstützung durch ihre Wähler verzeichnen. Grund für die fehlende Mobilisierungskraft von PS und Verts war unter anderem der „Oppositionseffekt“, nach dem viele PS-Wähler die Eventualität ablehnten, Jacques Chirac mit ihrer Stimme einen politischen Erfolg zu bescheren (insbesondere nachdem dies bei der Präsidentschaftswahl 2002 bereits der Fall gewesen war).¹⁴

Im Vergleich dazu erschien der Wahlkampf der VVE-Gegner viel effizienter und erreichte auch Wähler ohne klare Parteinähe. Die Mobilisierung vieler zivilgesellschaftlicher Akteure und individueller Bürger und die aggressivere und kreativere Nutzung der Kommunikationsmedien (vor allem des Internets) der VVE-Gegner, etwa des globalisierungskritischen Verbands Attac, sind zu unterstreichen.¹⁵ Die parteipolitische wie inhaltliche Heterogenität der VVE-Gegner trug zum „Charme“ der ‚Protestfront‘ bei.¹⁶ Als Ergebnis dieser heterogenen „Oppositionsfront“ mussten sich die Befürworter des VVE mit verschiedensten Gegenargumenten gegen den VVE im engeren Sinne, gegen die EU-Integration im weiteren Sinne (Binnenmarkt/„Liberalismus“, Bedrohung für das französische Sozialmodell, Entscheidung über die Türkei) sowie mit der Kritik an Präsident und Regierung auseinandersetzen. Darüber hinaus gelang es ihnen kaum, den neuen EU-Vertrag positiv und offensiv zu unterstützen.¹⁷

2. Strukturelle Erklärung – Das Referendum als Ausdruck einer politischen und sozialen Krise

Trotz der Bedeutung dieser Kontextbedingungen ist die Ablehnung des VVE nicht allein auf kurzfristige Faktoren zurückzuführen. Vielmehr hängen die oben erwähnten Faktoren mit langfristigen gesellschaftlichen und politischen Trends zusammen. Bei der Analyse des Abstimmungsver-

¹⁴ P. Perrineau (2005), S. 240; Reynié, D. (2005b): 29 mai 2005, un paysage dynamité. Abrufbar unter: http://constitution-europeenne.info/special/france_analyse.pdf, S. 2.

¹⁵ Vgl. Maurer, A. (2005), S. 23-26; Reynié, D. (2005a), S. 4; Siehe auch die Analyse von Ghitalla, F. und Fouetillou, G. (2005): Le web et le débat sur la constitution européenne en France. Groupe « Réseaux, Territoires et Géographie de l'Information » (RTGI), Université de Technologie de Compiègne, Juli 2005, abrufbar unter:

<http://www.utc.fr/rtgi/index.php?rubrique=1&sousrubrique=0&study=constitution>

¹⁶ Vgl. Reynié, D. (2005a), S. 4; Ritzenhofen, M. (2005): Das Nein der Franzosen zur EU-Verfassung. Innenpolitische Voraussetzungen und Konsequenzen, S. 8. In: Dokumente, Heft 3/2005, S. 6-11.

¹⁷ Ein besonders eindrückliches Beispiel für diese Kommunikationsschwierigkeiten war die vom privaten Fernsehsender TF1 übertragene Diskussion von Präsident Chirac mit Jugendlichen am 15. April 2005. Auch in anderen öffentlichen Diskussionen zeigte es sich, dass das „Ja“-Lager sich vor allem darauf konzentrierte, den historischen Erfolg („Europa als Friedensprojekt“) und die Gefahr einer Isolation Frankreichs im Falle eines „Neins“ zu betonen. Während das erste die insbesondere jüngeren Wähler nicht mobilisierte, weil sie dies als gegeben annehmen, hatte die Drohkulisse „Frankreich in der Isolation“ (wie sieht heute zeigt: zurecht) wenig Glaubwürdigkeit.

haltens nach soziostrukturellen Charakteristika (wie Alter, Berufskategorie oder Bildungsstand) werden ein Generationengegensatz (alleine die Wähler über 60 Jahre stimmten mehrheitlich für den VVE) sowie eine geographische Trennlinie (zwischen ländlichen Gebieten und Kleinstädten einerseits, die den VVE deutlich ablehnten, und Großstädten andererseits, allen voran Paris, die das Ja mehrheitlich unterstützten) deutlich.¹⁸ Vor allem aber zeigte sich eine sozioökonomische Spaltung: Lediglich die oberen sozialen Schichten (leitende Angestellte und intellektuelle Berufe; Hochschulabschluss) sprachen sich mehrheitlich für den VVE aus, während alle anderen sozioökonomischen Kategorien den Vertrag ablehnten, so dass man von einer „geradezu karikaturhaften Konfrontation zweier Frankreichs“¹⁹ sprechen kann.

Abstimmungsverhalten nach Berufskategorie					
IPSOS	Ja	Nein	TNS-SOFRES	Ja	Nein
Arbeiter	21	79	Arbeiter	19	81
Einzelhändler und Handwerker	49	51	Einzelhändler und Handwerker	45	55
Mittlere/leitende Angestellte und intellektuelle Berufe	47	53	Mittlere/leitende Angestellte und intellektuelle Berufe	46	54
	65	35		62	38
Abstimmungsverhalten nach Bildungsstand					
IPSOS	Ja	Nein	TNS-SOFRES	Ja	Nein
Ohne Abschluss	28	72	Ohne Abschluss	40	60
Mittlere Reife	35	65	Mittlere Reife	32	68
Abitur	47	53	Abitur	41	59
Hochschulabschluss	54	46	Hochschulabschluss	57	43

Quellen: *Référendum 29 mai 2005 : Le sondage sorti des urnes, enquête réalisée par IPSOS pour Le Figaro, France 2 et Europe 1, erhoben am 29. Mai 2005.* | *Le référendum du 29 mai 2005, enquête Unilog tns-Sofres réalisée pour TF1, RTL et le Monde, erhoben am 29. Mai 2005.*

Dass diese soziologische Trennlinie tatsächlich eine strukturell verankerte Konstante darstellt, zeigt sich, wenn man das Wahlergebnis des VVE-Referendums mit dem Referendum zur Ratifizierung des Vertrages von Maastricht am 20. September 1992 vergleicht.²⁰

¹⁸ Vgl. Ricard-Nihoul, G. (2005): Le « non » français du 29 mai 2005: comprendre agir. Notre Europe: Etudes et Recherches n°44, S. 15f., 19f.

¹⁹ Uterwedde, H. (2005): Europa und die soziale „Malaise“ der Franzosen, S. 21. In: Dokumente, Heft 3/2005, S. 19-25. Siehe auch Ricard-Nihoul, G. (2005), S. 17f.; Schild, J. (2005), S. 196f.

²⁰ In solches Vorgehen ist beispielsweise bei Perrineau, P. (2005), S. 234f. oder auch Uterwedde, H. (2005), S. 20f.

Wähler, die ihre Stimme abgegeben haben	VVE		Maastricht		Differenz
	Oui %	Non %	Oui %	Non %	%
Gesamt	45	55	51	49	- 6
Klassifikation nach Berufskategorie					
Arbeiter	21	79	39	61	- 18
Einzelhändler/Handwerker	49	51	51	49	- 2
Mittlere Angestellte	47	53	62	38	- 15
Leitende Angestellte /intellektuelle Berufe	65	35	67	33	- 2

Quelle: Ipsos: les sondages sortis des urnes, comparatif 29 mai 2005 / 20 septembre 1992

Aus diesem Vergleich ergeben sich zwei Schlussfolgerungen:

1) Die soziale Schichtung, die im Wahlergebnis des Referendums zum VVE feststellbar ist, ist kein neues Phänomen, sondern war (wenn auch nicht so ausgeprägt) bereits 1992 zu erkennen.²¹ Zudem ist die geografische Verankerung des „Neins“ 1992 und 2005 fast deckungsgleich, was auf das Bestehen eines seit Beginn der europäischen Integration relativ stabilen „Nein-Lagers“ hindeutet.²² Politisch gesehen umfaßt dieses Lager die Kräfte am linken (PCF und extreme Linke) und am rechten („Souveränisten“ und extreme Rechte) Rand des Parteispektrums.²³ Soziologisch gesehen setzt es sich aus einem „Bündnis“ von Arbeiterklasse einerseits und selbständigen Bauern, Einzelhändlern und Handwerkern andererseits zusammen. „Ideologisch“ gesehen eint diese Gruppen die Furcht vor einer „offenen Gesellschaft“ sowie der Rückzug auf die Werte der nationalen Selbstbezogenheit und des Antiliberalismus. Insgesamt entsteht dadurch eine „europäische Spaltung“ („clivage européen“), die die französische Gesellschaft quer zum traditionellen Rechts-Links-Gegensatz durchläuft und diesen überdeckt, wenn es um Fragen der europäischen Integration geht.²⁴

2) Der Vergleich zu Maastricht zeigt aber auch, dass das „Nein“ seine Grundlage deutlich ausdehnen konnte. Nicht nur gewann es in seinem „traditionellen“ sozioökonomischen Feld, und dabei vor allem bei den Arbeitern, an Einfluss. Es weitete seine Anhängerschaft zudem bei den mittleren Angestellten aus, deren „Übergang zum Nein“ sich als das rechnerische Schlüsselement der Ablehnung des VVE erwies.²⁵ Diese Entwicklung kann schwerlich allein durch eine kurzfristige Verschlechterung der sozioökonomischen Situation der Wähler erklärt werden, wenn

²¹ Hierzu siehe Anhang und vgl. Uterwedde, H. (2005), S. 21.

²² Vgl. Perrineau, P. (2005), S. 238f.

²³ Die Parteien der politischen Mitte, rechts wie links, unterstützen hingegen mehrheitlich die europäische Integration.

²⁴ Zur These eines „stabilen Nein-Lagers“ sowie eines „clivage européen“, vgl. Perrineau, P. (2005), S. 238ff.

²⁵ Vgl. Ritzenhofen, M. (2005), S. 9; Uterwedde, H. (2005), S. 21.

auch objektive Wohlfahrtsverluste und die subjektive Wahrnehmung wachsender Unsicherheit sicherlich dazu beitragen. Das entscheidende Erklärungselement ist die zunehmende Entfremdung der Bürger von ihrem politischen System und dessen politischen Eliten, welche selbst auf eine tiefgreifende Gesellschaftskrise zurückzuführen ist.

Auf eine solche politische Krise deuten unter anderem sinkende Zahlen der Wahlbeteiligung und wachsende Stimmengewinne der Extremisten hin (zuletzt 33,4% im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2002). Die Erosion des gesellschaftlichen Rückhalts der etablierten, das politische System tragenden Parteien mündet in eine neue Form der „Sanktionswahl“, bei der nicht nur die zu einem bestimmten Zeitpunkt regierende Partei, sondern alle Parteien des „politischen Establishments“ abgestraft werden.²⁶ Die Abstimmung am 29. Mai 2005, die eine große Niederlage der etablierten Parteien darstellt, ist ein weiteres Anzeichen dieses Trends zur Radikalisierung der französischen politischen Szene.²⁷ Als Ursache hierfür nennen die meisten Beobachter eine tiefe Gesellschaftskrise, die die traditionellen Referenzen des „republikanischen Modells“ ins Schwanken bringt und sich mit der Unfähigkeit der Politik kombiniert, die Lage zu verbessern und alte Sicherheiten wiederherzustellen.²⁸ Dabei handelt es sich hauptsächlich um die zunehmende Ineffizienz des „sozial abgefeder-ten Kapitalismus à la française“²⁹, symbolisiert durch die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit, sowie den unsicheren Status („précarité“) vieler Arbeitsplätze, den Druck auf die Sozialsysteme und allgemein die Relativierung der Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten des Staates (in einem Land des traditionsreichen Staatsinterventionismus). Es folgt eine zunehmend breite und tiefe soziale Verunsicherung, die sich auf den gesellschaftlichen Mittelstand ausweitete, in dem die Angst vor der sozialen Immobilität bzw. dem sozialen Abstieg die Hoffnung auf den sozialen Aufstieg ablöst. Darüber hinaus werden die lange Zeit verleugneten, inzwischen aber unbestreitbaren Schwierigkeiten, bzw. gar das Scheitern des auf den Prinzipien des Universalismus und Individualismus beruhenden republikanischen Integrationsmodells unterstrichen.³⁰ „Kommunitaristische“ Differenzierungen, beruhend auf Religion, ethnischer Herkunft oder Territorium treten in den Vordergrund, wodurch zentrale Grundsätze der französischen Republik wie der Laizismus und somit das Selbstverständnis der französischen Gesellschaft in Frage gestellt werden. Insgesamt ergibt sich somit das Bild eines erschütterten Gesellschaftsmodells, das traditionell auf die soziale Mobilität des in seiner Beziehung zum Staat eigen-

²⁶ Vgl. Reynié, D. (2005a), S. 4.

²⁷ Vgl. Perrineau, P. (2005), S. 242. Perrineau spricht von einer Auferstehung einer „culture de la dénonciation“ et du „refus“.

²⁸ Vgl. hierzu Uterwedde, H. (2005), S. 22; Veit, W. (2006): Was bleibt vom französischen Modell? Internationale Politikanalyse, Europäische Politik, Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 5f.

²⁹ Uterwedde, H. (2005), S. 23.

³⁰ Vgl. hierzu Veit, W. (2006), S. 2f.

ständigen Individuums setzt, statt dessen aber immer mehr Immobilität und soziale Fragmentierung produziert.

Diese Analyse zeigt, dass die Gründe für das Scheitern des Referendums in der Kombination mehrerer negativer Einflussfaktoren bestehen, von denen einige konjunktureller, andere grundlegend struktureller Natur sind.³¹ Sie geben wichtige Einblicke in den Zustand des französischen politischen und gesellschaftlichen Systems, die als Hintergrund für Überlegungen für wahrscheinliche (europa-)politische Entwicklungen dienen können. Diese Erklärungslinien geben allerdings erst wenig Anhaltspunkte dafür, was das Votum „für Europa“ bedeutet, denn sie beschränken sich darauf, das Abstimmungsverhalten beim Referendum als Ausdruck der Unterstützung des allgemeinen Prinzips „Europäische Integration“ zu betrachten und führen diese Unterstützung lediglich auf nationale Zusammenhänge zurück. Nicht berücksichtigt wird so, inwiefern die Haltung der französischen Bevölkerung zum VVE eine ausdifferenzierte europapolitische Positionierung, also eine bestimmte Auffassung zur wünschenswerten Ausgestaltung der Europäischen Union widerspiegelt, die sich aus einer direkten Auseinandersetzung mit der EU als eigenständiger politischer Ebene ergeben würde. Es erscheint aber plausibel, das Vorhandensein einer solchen „europäischen Dimension“ des französischen „Nein“ anzunehmen: Die EU stellt ein bereits lange etabliertes Institutionsgefüge dar, das immer tiefer in die nationalen Verhältnisse und auch in das Alltagsleben der Bürger eingreift, so dass man mit guten Gründen annehmen kann, dass die Bürger sie zu einem gewissen Grad „für sich“ bewerten. Dies zeigt sich etwa daran, dass sich während der Referendumskampagne trotz aller populistischen und innenpolitischen Instrumentalisierungen eine intensive und grundlegende Europadebatte beobachten ließ.

3. „Inhaltliche“ Analyse der Debatte – Welche Botschaft für Europa?

Dies legt eine inhaltliche Analyse der europapolitischen Vorstellungen, Kritikpunkte und Argumentationen nahe, die während der Referendumsdebatte zum Ausdruck gekommen sind und sich direkt auf die EU in ihrer konkreten Erscheinungsform beziehen. In Zusammenhang mit den Umfragedaten zu den Wahlmotiven hilft diese Analyse dabei, die europapolitisch relevanten Dimensionen des französischen „Neins“ besser zu erfassen, und lässt Rückschlüsse zu, welche Verbesserungsvorschläge geeignet sind, der Ablehnung zu begegnen.

3.1 Eine Europa-Debatte vor dem Hintergrund einer national bezogenen Identitätsdiskussion im Kontext der Globalisierung

Anlässlich des VVE-Referendums entfaltete sich in Frankreich ein Europa-

³¹ Vgl. Uterwedde, H. (2005), S. 19.

Interesse, dessen Intensität sich unter anderem an der Lebhaftigkeit der Europa-Diskussion in den Medien, an Hochschulen, im Privaten, an den Verkaufszahlen von Veröffentlichungen über den VVE und die EU im Allgemeinen, an dem Erfolg der dem Referendum gewidmeten Internet-Seiten sowie schließlich an der hohen Wahlbeteiligung verdeutlichte.³² Die Debatte beschränkte sich allerdings nicht auf den Text des neuen Vertrages. Der VVE erwies sich vielmehr als Anknüpfungspunkt für eine grundlegende Diskussion über Ziele und Wege der europäischen Integration.³³ Den Hintergrund der Diskussion bildete eine Debatte über den Erhalt oder die Veränderung der französischen Identität im Kontext der Globalisierung und der Europäisierung, wobei beide Phänomene nur schwer auseinanderzuhalten waren. Dies verdeutlicht die folgende Darstellung der zentralen Themen der Referendumskampagne.

Im Zentrum der „Nein“-Kampagne stand die Diskussion um die sozialen Folgen der Ratifizierung des VVE.³⁴ Die Gegner des Verfassungsvertrages (vor allem auf der Linken, aber auch auf der Rechten) knüpften an die soziale Verunsicherung der Gesellschaft an, indem sie dem VVE vorwarfen, dass er eine „neoliberale Wirtschaftsordnung“ zementiere und die Grundlagen der gesellschaftlichen Solidarität untergrabe. Dies sei auf die „Konstitutionalisierung“³⁵ der liberalen Wirtschaftspolitiken der bisherigen Verträge im Teil III des VVE sowie auf den Vorrang des „freien und unverfälschten Wettbewerbs“ als konstitutiven Prinzips der EU zurückzuführen³⁶. Die sozialpolitischen Fortschritte wurden hingegen als unzureichend bewertet (wie z.B. die in der Grundrechtscharta anerkannten sozialen Rechte, die Anerkennung der Sonderstellung der „services économiques d'intérêt général“ und nicht der „services publics“, oder auch das Prinzip der Berücksichtigung der sozialen Dimension europäischer Beschlüsse). Schließlich begünstige der VVE alleine die Sozialsysteme niedrigen Niveaus, was in Ländern mit hohem sozialem Schutz wie Frankreich zu einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit aufgrund von Unternehmensverlagerungen („délocalisations“) und zu einem „Druck nach unten“ auf die Sozialleistungen führen würde.

Die linken VVE-Gegner forderten hingegen eine viel weiter gehende Integration der Steuer- und Sozialpolitik der Mitgliedsländer, um die sozialen Standards „nach oben“ zu harmonisieren. Dies sei durch eine leicht einzuleitende „Neuverhandlung“ des Vertrages zu erreichen. In der Substanz richtete sich diese Kritik also nicht gegen Neuerungen des VVE, sondern vielmehr gegen den längst beschlossenen und weitgehend

³² Vgl. hierzu Reynié, D. (2005b), S. 2; Ritzenhofen, M. (2005), S. 7.

³³ Vgl. Schild, J. (2005), S. 191.

³⁴ Vgl. Schild, J. (2005), S. 191; von Oppeln, S. (2005): Das Projekt Europa im Spiegel der französischen Verfassungsdebatte, S. 13. In: Dokumente, Heft 3/2005, S. 12-18.

³⁵ Dieses Argument wurde insbesondere von Laurent Fabius verwendet, vgl. z.B. « six bonnes raisons de voter non », abrufbar unter: www.laurentfabius.net.

³⁶ Für diesen Ablehnungsgrund machten sich vor allem der Parti Communiste (vgl. www.referendum2005.fr) sowie der globalisierungskritische Verband Attac stark, siehe z.B. „Pour un nouveau traité: 21 exigences non satisfaites dans la Constitution“, abrufbar unter: <http://www.france.attac.org/a4748>

umgesetzten wirtschaftspolitischen Rahmen der EU, der in Teil III des VVE lediglich rekapituliert wird. Eben dies erschien allerdings für die linken VVE-Gegner als inakzeptabel, da sie darin die Intention vermuteten, den aufoktroierten „neoliberalen Kurs“ „in Marmor zu meißeln“³⁷. So wurde der VVE als eine unmittelbare Bedrohung für einen vermeintlich integralen Bestandteil der französischen Identität, das sogenannte „französische Sozialmodell“, dargestellt und die Legitimität sowohl des neuen Vertrages als auch des EU-Systems im Allgemeinen (das den Text „produziert“ hatte) immer wieder in Frage gestellt. Als Reaktion darauf konnten die Befürworter des Vertrags lediglich behaupten, dass der VVE den Wert des französischen Sozialmodells und seiner Kernelemente (wie z.B. die „services publics“) anerkenne und es sogar zum „europäischen Sozialmodell“ mache. Angesichts der nicht zu leugnenden liberalen Orientierung der EU-Politik sowie der offensichtlichen gravierenden Schwierigkeiten des „französischen Sozialmodells“ war aber eine solche Argumentationslinie nicht leicht, zumal sie eine positive Verteidigung der wirtschaftlichen Errungenschaften der EU fast verbot: Selbst die Befürworter des VVE präsentierten den neuen europäischen Vertrag als die lang ersehnte Korrektur bisheriger politischer Versäumnisse.

Das zweite Hauptthema war die Frage nach den Grenzen der EU. Im Kontext einer bekanntlich äußerst skeptischen öffentlichen Meinung, insbesondere gegenüber der Türkei³⁸, behaupteten die VVE-Gegner, die Ratifizierung des VVE würde den Weg für einen Beitritt der Türkei automatisch frei machen. Dieses Argument verwendeten vor allem die rechten VVE-Gegner um Philippe de Villiers, die vor der drohenden Auflösung jeglicher europäischer und somit auch französischer Identität warnten,³⁹ aber auch linke Politiker wie Laurent Fabius, der vor allem die negativen Konsequenzen eines solchen Beitritts für die Sozialstandards und eine ambitionierte europäische Politik betonte. Die Skepsis über die Erweiterungspolitik der EU zeigte sich aber auch „nachträglich“ im Bezug auf die 2004 erfolgte Osterweiterung, die häufig als der Hauptgrund für die steigende Arbeitslosigkeit (aufgrund der „délocalisations“) und den damit einhergehenden Druck auf die Sozialstandards innerhalb der EU präsentiert wurde und somit als Symbol für den ungewollten Kurs der EU als „Verstärker“ der Globalisierung innerhalb der eigenen Grenzen taugte.

³⁷ Uterwedde, H. (2005), S. 19. Übersetzung des im Wahlkampf oft verwendeten Ausdrucks „graver dans le marbre“.

³⁸ Dies wird in diversen Untersuchungen, unter anderem des Eurobarometers, regelmäßig bestätigt. Nach dem Eurobarometer 62, erhoben im Oktober und November 2004, unterstützten lediglich 39% der französischen Befragten weitere Erweiterungsrunden der EU während 51% sie ablehnten, womit Frankreich zu den erweiterungsskeptischsten Ländern der EU gehört. Hierzu vgl. Eurobarometer 62, Full report (2005), S. 152f. Spezifisch in Bezug auf die Türkei ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifop von November 2004, dass 67% der französischen Befragten gegen die Aufnahme der Türkei in die EU waren. Siehe hierzu: Ifop pour le Figaro: „Les Européens et la Turquie“ (2004), abrufbar unter: <http://www.ifop.com/europe/docs/europeturquie.pdf>.

³⁹ Vgl. das Manifest « Nous, Européens du Non » des 11. Mai 2005, abrufbar unter: www.autre-europe.org/doc/Appel%20du%20non.doc

Selbst wenn nicht alle Wahlkampfteilnehmer eine erweiterungsskeptische Meinung äußerten (wie z.B. Staatspräsident Chirac), kann festhalten werden, dass die französische VVE-Debatte von einem allgemeinen Streben nach klaren EU-Grenzen zeugte, verbunden mit zwei Motiven: Zum einen der Handlungsfähigkeit der EU, die nur in einem klar definierten und relativ homogenen (sei es in wirtschaftlicher, politischer oder kultureller Hinsicht) Raum als Schutz vor den befürchteten Veränderungen des internationalen Systems eingesetzt werden kann. Zum anderen der internen Struktur der EU, der Stellung Frankreichs und dessen Fähigkeit, eine Vorreiterrolle zu spielen, welche in einer immer breiter wachsenden Staatengemeinschaft immer eingeschränkter wird. Der Unmut über die Osterweiterung lässt sich sicherlich als nachträgliches Votum gegen den Beitritt von Ländern interpretieren, die als zusätzliche Gegenspieler im „britischen“, „neoliberalen“ Lager wahrgenommen werden.⁴⁰

Weitere umstrittene Fragen waren die Gestaltung der gemeinsamen Außenpolitik nach einer eventuellen Ratifizierung des VVE (nicht so sehr wegen des neuen Postens eines EU-Außenministers, sondern vielmehr aufgrund der Referenz zur NATO, die für die Kritiker die französische Tradition einer ambitionierten und insbesondere von den USA unabhängigen Außenpolitik bricht).⁴¹ Ebenso wurde debattiert, ob der Vertrag für das französische Selbstverständnis zentrale Werte und Rechte, insbesondere den Laizismus, die „exception culturelle“ oder das Rechts auf Abtreibung gefährde.⁴²

Bei der französischen Referendumsdebatte handelte es sich also vor allen Dingen um folgende europapolitische Fragen: Was sind für Frankreich der Zweck und der Nutzen des europäischen Integrationsprozesses im Kontext der Globalisierung? Wie soll die Europäische Union dazu gestaltet werden? Und ist der VVE diesen Aufgaben gewachsen? Welche Konsequenzen hat dieser Integrationsprozess für das französische Gesellschaftsmodell und die französische Identität?

Über die politischen Lager hinweg lassen sich wichtige Gemeinsamkeiten bei der Beantwortung dieser Fragen erkennen. Der Zweck der europäischen Integration wurde hauptsächlich im „Schutz“ des nationalen „Modells“ – vor allem seines Sozialmodells – gesehen, vor der als Bedrohung wahrgenommenen Globalisierung und der mit ihr einhergehenden Durchsetzung eines neoliberalen, ungezügeltten Kapitalismus *angelsächsischer Prägung*.⁴³ Da der französische Nationalstaat seine Vorstellungen im internationalen System nicht mehr alleine durchsetzen könne, solle die EU als „globalisierungstaugliches Gebilde“ an seiner Stelle eingreifen. Das Prinzip der europäischen Integration und sogar ihrer weiteren Vertiefung wurden dabei (gerade auch von linken Verfassungsgegnern, so man ihnen Glauben schenken mag) weitgehend akzeptiert. Lediglich die „souverä-

⁴⁰ Vgl. Schild, J. (2005), S. 197f.

⁴¹ Vgl. von Oppeln, S. (2005), S. 15f.

⁴² Vgl. Reynié, D. (2005b), S. 3.

⁴³ Vgl. Maurer, A. u. a. (2005), S. 32f.

nistischen“ (und einige wenige linke) Verfassungsgegner plädierten für eine klare Rückbesinnung auf die Nation.

Allerdings bringt die Europäisierung ebenfalls Unsicherheiten mit sich. Frankreich hat zwar die EU als Schutz des eigenen Modells identifiziert. Gleichzeitig aber wird erwartet (und wurde in der Vergangenheit durch die Politik die Erwartung geschürt), dass die EU das französische Modell bewahrt – und nicht etwa in Frage stellen darf. In diesem Sinne ist die während des Wahlkampfes feststellbare Behauptung der nationalen Identität zu verstehen. Besonders kennzeichnend ist hierbei die allgemeine Bekennung der Wahlkampfteilnehmer zum Prinzip des „französischen Sozialmodells“. Zwar ist die französische Tradition einer starken Staatsintervention in die Wirtschaft unbestreitbar. Dennoch ist fraglich, wie weit der Konsens über die Vorstellungen des Sozialmodells zwischen Attac, Trotskisten, Kommunisten, Sozialisten, Gaullisten geschweige denn einem Sarkozy in „Normalzeiten“ reicht. Die Realität der Politik in Frankreich in den letzten 20 Jahren sind zwar langwierige, aber existierende Überlegungen und Versuche, eine Wirtschafts- und Sozialordnung zu reformieren, die vor allem deutliche Schwächen zeigt.⁴⁴ Als Folge der Behauptung der nationalen Identität im Rahmen des europäischen Projekts erscheint es als erforderlich, dass die zentralen französischen Werte, die auch als genuin europäische Werte aufgefasst werden⁴⁵, ebenfalls zum Kern des europäischen Projekts gehören. Frankreich muss zudem eine führende Position in der EU einnehmen können (was sich aus der Verteilung der Stimmen im Ministerrat ergibt) und sich vor ungewollten und unberechtigten Eingriffen schützen können (anhand eines starken Subsidiaritätsprinzips). Dieses grundlegende Bild der europäischen Integration wurde von vielen Wahlkampfteilnehmern geteilt und spiegelt die traditionelle Vorstellung des „französischen Europas“, Europa als Projektionsfläche für die französischen Ambitionen, wider.⁴⁶

3.2 Die europapolitischen Implikationen des französischen „Neins“

Welche Schlussfolgerungen über die europapolitisch relevanten Dimensionen des französischen Nein zum VVE kann man aus diesen Betrachtungen ziehen? Die inhaltliche Analyse der Verfassungsdiskussion wird im Folgenden mit den europapolitischen Einstellungen der Bevölkerung abgeglichen, um Aussagen darüber zu treffen, welche der in der Verfassungsdiskussion vorgebrachten Kritikpunkte (und welche Reaktion darauf)

⁴⁴ Vgl. Veit, W. (2006), S. 6f.; Uterwedde, H. (2005), S. 23.

⁴⁵ Staatspräsident Chirac bezeichnete in einem Fernsehinterview am 03. Mai 2005 die europäische „Verfassung“ als „Tochter von 1789“. UMP-Chef Sarkozy verteidigte den VVE unter anderem mit dem Argument, daß er Frankreich seine führende Rolle in Europa zurück geben und die französischen Werte on Freiheit, Gleichheit und Solidarität auf ganz Europa verbreiten würde. Siehe hierzu www.u-m-p.org. Linke VVE-Gegner wie Fabius oder der PCF bemängelten ihrerseits, daß der VVE und insbesondere die Grundrechtscharta diese französischen Werte eben nicht weit genug verbreiten würde.

⁴⁶ Vgl. Chopin, Thierry (2005): La culture politique française face à l'Europe. Questions d'Europe: les policy papers de la fondation, Fondation Robert Schuman, S. 6.

für die Referendumsabstimmung politisch relevant waren.

Schlussfolgerung 1: Die Ablehnung des Verfassungsvertrages ist nicht Ausdruck einer grundlegenden antieuropäischen Haltung, sondern die Abstrafung einer als „Bedrohung“ empfundenen wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklung.

Mehrere Meinungsumfragen zu den Gründen der Abstimmung sowie zur allgemeinen Haltung gegenüber der EU und der europäischen Integration bestätigen, dass das Verfassungsreferendum keine grundlegende Europa-Feindlichkeit widerspiegelte. In Wahlausgangsbefragungen⁴⁷ wie etwa im Eurobarometer-Flash vom 30./31. Mai 2005⁴⁸ unterstützten 88% der Befragten (83% der Nein-Wähler) Frankreichs Zugehörigkeit zur EU. Nach der gleichen Umfrage sprachen sich 75% der Befragten für eine europäische Verfassung aus (66% der Nein-Wähler). Diese Tendenzen wurden durch Meinungsumfragen mit Abstand zum Referendumstag bestätigt.⁴⁹ Diese Befunde entsprechen der Analyse der Wahlkampagne, nach der der strukturierende Gegensatz der Debatte nicht in erster Linie die Frage „für oder gegen eine weitere Integration“ sondern vielmehr „welche weitere Integration“ darstellte. An dieser Stelle muss zwar vorsichtig argumentiert werden: Wichtige Kräfte des selbsterklärten pro-europäischen „Non de Gauche“, wie der Parti Communiste und die Bewegungen der extremen Linken waren von ihrer inhaltlichen Positionierung wie von ihrer Wählerschaft her betrachtet traditionell euroskeptische Parteien, die auch dieses Mal souveränistische bis hin zu nationalistische Reflexe zeigten. Es bleibt aber, dass der Erfolg des Nein durch das Hinzukommen europafreundlicher Wähler des PS und der Verts erklärt wird und somit an die Bedingung geknüpft war, das Prinzip der europäischen Integration nicht in Frage zu stellen. Insgesamt erscheint die Notwendigkeit der europäischen Integration und sogar teilweise deren weiteren Vertiefung trotz des Scheiterns des Referendums als eine in der französischen Debatte weitgehend akzeptierte Gegebenheit, was sogar traditionell anti-europäische Kräfte dazu führte, sich als „pro-europäisch“ zu bezeichnen.⁵⁰

In den sofort nach dem Referendum durchgeführten Umfrageanalysen lassen sich (bei geschlossenen wie bei offenen Fragen) zwei Hauptgründe für die Ablehnung identifizieren⁵¹: Erstens die Unzufriedenheit mit der

⁴⁷ Siehe beispielsweise Ipsos-Umfrage veröffentlicht am 30. Mai 2006, in der 72% der Befragten (57% der Nein-Wähler) eine weitere Vertiefung der europäischen Integration unterstützten. Ipsos (2005): Référendum 29 mai 2005: Le sondage sorti des urnes.

⁴⁸ Eurobarometer-Flash 171 (2005) : La Constitution européenne: Post-Référendum France, S. 21f. Erhebung : 30. und 31. Mai 2005.

⁴⁹ Eurobarometer-Flash 178 (2006): Quelle Europe? La construction européenne vue par les Français, S. 30. Erhebung : 16.-23. Januar 2006.

⁵⁰ Siehe z.B. das Manifest « Nous, Européens du Non » von souveränistischen Abgeordneten um Philippe de Villiers oder auch das vom souveränistischen sozialistischen Ex-Minister Jean-Pierre Chevènement veröffentlichte Buch: „Pour l'Europe, votez non !“ (2005), Paris: Fayard.

⁵¹ Vgl. hierzu ebenfalls Ipsos (2005) Eurobarometer-Flash (2005) sowie Tns-Sofres (2005): Le référendum du 29 mai 2005. Fiche technique.

gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage in Frankreich, zweitens die Befürchtung, der als „zu liberal“ eingeschätzte Vertrag werde die wirtschaftliche und soziale Lage in Frankreich weiter verschlechtern. Diese Befunde entsprechen dem Verlauf der Wahlkampagne, in der die Antwort auf die soziale Verunsicherung den Kern und die zentrale Herausforderung der Ratifizierung des VVE ausmachte. Daraus sollte allerdings nicht den voreiligen Schluss gezogen werden, daß die EU aufgrund des zentralen Stellenwerts der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Referendumsdiskussion lediglich der Bestrafung einer unbeliebten und mißtrauten politischen Klasse zum Opfer gefallen sei.⁵² Im Gegenteil war die Abstimmung lange nicht nur gegen die nationale Politik gerichtet, sondern ebenfalls an die EU, welcher die Wähler als eigenständig wahrgenommener Politikgestaltungsebene eine entscheidende Mitverantwortung für die schwierigen nationalen Verhältnisse zuweisen. Bei der Bewertung der EU handelt es sich folgerichtig immer weniger um die Unterstützung des Prinzips der „europäischen Integration“ mit den allgemeinen Zielen des Friedens und der Stabilität des Kontinents (diese gelten für die Bürger als weitgehend gegeben), sondern immer mehr um die Zufriedenheit mit einem konkreten politischen Kurs und dessen spürbaren Ergebnissen. In diesem Sinne lässt sich das Scheitern der Argumentation Chiracs erklären, Frankreich dürfe aufgrund einer moralischen Verpflichtung die Fortsetzung der europäischen Integration nicht gefährden.⁵³

Die französischen Wähler haben also mit der Ablehnung des VVE keine grundsätzliche Skepsis gegenüber einer Fortsetzung und einer Vertiefung der europäischen Integration, sondern ihre Unzufriedenheit mit den von ihnen erwarteten Leistungen der EU, vor allem im Bezug auf den wirtschaftspolitischen Kurs, formuliert.

Schlußfolgerung 2: Die Ablehnung des VVE zeugt von einem Vertrauensverlust der EU gegenüber ihren Bürgern, der nicht zuletzt auf ein Gefühl der unzureichenden politischen Kontrollierbarkeit und Gestaltbarkeit zurückzuführen ist.

Immer wieder stellten die Verfassungsgegner die Legitimität des VVE sowie des „EU-Systems“ im Allgemeinen in Frage – obwohl die Einrichtung des Verfassungskonvents zuvor als revolutionäre Neuerung in der Verhandlung von primärrechtlichen EU-Verträgen gefeiert worden war.⁵⁴ So bezeichnete etwa Attac die Erarbeitung des Textes durch den Verfassungskonvent als anti-demokratisch und illegitim.⁵⁵ Weiter hinterfragten alle

⁵² Diesbezüglich ist anzumerken, dass die Absicht, mit der Nein-Stimme dem Staatspräsidenten und seiner Regierung einen Denkkzettel zu erteilen, in den Umfragen zwar feststellbar ist, im Vergleich zu den zwei bereits erwähnten Beweggründen allerdings auf relativ niedrigem Niveau. Vgl. hierzu Ipsos (2005); Eurobarometer-Flash (2005).

⁵³ Dies wiederholte Chirac in mehreren öffentlichen Interventionen, unter anderem in seiner letzten Fernsehansprache vor dem Referendum am 26. Mai 2005.

⁵⁴ Vgl. Schwarzer, D. (2005): Lehren aus den gescheiterten Verfassungsreferenden. SWP-Aktuell, Stiftung Wissenschaft und Politik, S. 1

⁵⁵ Vgl. „Pour un nouveau traité: 21 exigences non satisfaites dans la Constitution“, abrufbar unter: <http://www.france.attac.org/a4748>

VVE-Gegner die „wirklichen Intentionen des Textes“, der nach „sorgfältiger“ Analyse aller Artikel und Zusammenhänge hinter dem täuschenden Anschein des demokratischen und sozialen Fortschritts als „Instrument des Neoliberalismus“ entlarvt wurde. Selbst die Position und die Interessen Frankreichs seien, so Villiers aber auch Fabius, entgegen den offiziellen Behauptungen nicht entschlossen genug vertreten worden. Dieses formulierte Misstrauen gegenüber der EU und ihren Entscheidungsträgern, die ständige Infragestellung ihrer Vertrauenswürdigkeit, stießen insbesondere im Kontext der zuvor dargestellten Zustimmungskrise der französischen politischen Elite auf Resonanz. Entsprechend den Argumenten derjenigen, die eine Neuverhandlung („*renégociation*“) propagierten, gaben nach dem Eurobarometer die übergroße Mehrheit der Nein-Wähler an, dass das französische Nein die Aushandlung eines neuen Vertrags ermögliche, der sozialverträglicher wäre (83%) und die Interessen Frankreichs besser berücksichtigen würde (80%).⁵⁶ Dadurch wird deutlich, dass dieses Legitimitätsdefizit der EU gegenüber ihren (französischen) Bürgern, neben der Unzufriedenheit mit der „Performance“ der EU als politisches System, weitgehend auf ein Gefühl der mangelnden Gestaltbarkeit und Partizipationsmöglichkeit zurückzuführen ist. So drückten die Nein-Stimmen auch das Streben nach mehr Einflussnahme auf den politischen Kurs der EU aus.⁵⁷ Diese Analyse decken jüngste Meinungsumfragen: Im Eurobarometer-Flash von März 2006 bedauern 80% der Befragten, im Laufe des europäischen Integrationsprozesses nicht genug zu Wort zu kommen. 76% wünschen sich, an den europäischen Entscheidungsverfahren mehr teilzuhaben.⁵⁸

Schlußfolgerung 3: Das französische Referendum weist auf das Problem der (Neu-) Definition nationaler Identitäten im Rahmen des europäischen Kontextes hin. Dabei ist das Verständnis der Konsequenzen der EU als Verhandlungssystem von zentraler Bedeutung.

Die französische Referendumsdebatte anlässlich des Referendums war eindeutig „national-zentriert“: die EU sowie ihre Ziele und Gestaltungsmöglichkeiten wurden ausschließlich ausgehend von französischen Referenzen und Interessen betrachtet. Sie knüpfte damit an die (traditionsreiche) Vorstellung eines „französischen Europas“ an, nach der das französische Interesse quasi-selbstverständlich zum „europäischen Interesse“ erklärt und die Einschätzung gestärkt wird, Frankreich könne die EU mehr oder minder alleine gestalten. Davon zeugt besonders die oben bereits erwähnte Überzeugung der Nein-Wähler, das Nein könne problemlos in einen neuen, für die „Interessen Frankreichs“ günstigeren Vertrag umgesetzt werden. Bei aller Legitimität der Berücksichtigung nationaler Interessen in der europäischen Integration zeugt diese Haltung von einer potentiell schwerwiegenden Unkenntnis bzw. Verleugnung

⁵⁶ Eurobarometer-Flash (2005), S. 25f.

⁵⁷ Vgl. Chopin, T. (2005), S. 4.

⁵⁸ Eurobarometer-Flash (2006), S. 19, 23.

grundlegender Funktionsprinzipien der EU als politisches System. Zum einen ist das Prinzip der Marktintegration durch wirtschaftliche Liberalisierung, das während des Wahlkampfes stark kritisiert wurde, nichts Neues, sondern stellt von Anfang an einen Grundpfeiler des europäischen Einigungsprozesses dar.⁵⁹ Zum anderen steht das Wunschbild eines „französischen Europas“ im Widerspruch zur Realität des europäischen Mehrebenen- und vor allem Verhandlungssystems, in dem zahlreiche voneinander abweichende Vorstellungen und Interessen aufeinander abgestimmt werden müssen, eine Aufgabe, die mit jeder Erweiterungsrunde schwieriger wird. Diese Erkenntnis legt die Notwendigkeit nahe, die gewiss schwierige Tatsache anzuerkennen, dass die europäische Integration einen starken Anpassungsdruck auf traditionelle nationale Referenzen erfordert.

Das schwierige Zusammenspiel zwischen den neuen europäischen Realitäten und bestimmten Elementen der „französischen politischen Kultur“ lässt sich unter anderem an folgenden Charakteristika festmachen: Ein monistisch-zentralistisches Staats- und Machtverständnis in Frankreich gegenüber dem dezentralen Verhandlungssystem der EU, ein gewisser wirtschaftlicher Antiliberalismus gegenüber einer liberalen Wirtschaftsintegration, ein ehrgeiziges außenpolitisches Selbstbild gegenüber mehrheitlich atlantischen Partnern.⁶⁰ Der Ausgang des Referendums könnte damit ein Zeichen für eine weitere gesellschaftliche Trennlinie darstellen zwischen den Ja-Wählern, die die gegenwärtigen Veränderungen der „Referenzskala“ im Zuge von Globalisierung und Europäisierung verinnerlicht haben, und den Nein-Wählern, die einen fast verzweifelten Versuch unternommen haben, alte Sicherheiten zurückzugewinnen (ohne aber grundsätzlich antieuropäisch zu sein).⁶¹ Dies könnte erklären, warum die „kosmopolitischen Großstädte“, allen voran Paris, sich selbst in ihren unterprivilegierten Vierteln mehrheitlich für den VVE ausgesprochen haben. Insgesamt lässt sich festhalten, dass ein zentraler, obgleich nur mittelbar feststellbarer Grund für die Ablehnung des VVE in dem zunehmenden Auseinanderdriften zwischen einer Vorstellung der EU als nationaler Projektionsfläche und einem wachsenden Anpassungsdruck im Laufe des europäischen Integrationsprozesses lag.

Die Analyse der europapolitisch relevanten Dimensionen der französischen Referendumsdiskussion zeigt folglich ein dreifaches Legitimationsdefizit der EU gegenüber ihren französischen Bürgern, welches sich in der Ablehnung des VVE entladen hat:

- auf der „*utilitaristischen*“ Ebene die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Output der EU,
- auf der „*politischen*“ Ebene die Wahrnehmung unzureichender Interessenvertretung und Partizipationsmöglichkeiten,
- auf der „*kulturellen*“ Ebene ein nicht akzeptierter bzw. realisierter Anpassungsdruck auf tradierte nationale Referenzen und Denkmuster.

⁵⁹ Vgl. Uterwedde, H. (2005) S. 19, 23.

⁶⁰ Vgl. Chopin, T. (2005).

⁶¹ Vgl. Ricard-Nihoul, G. (2005), S. 24f.

Diese Legitimationsprobleme entsprechen dem klassischen Systemmodell nach David Easton.⁶² Demzufolge braucht jedes politische System, um bestehen zu können, „Unterstützung“ („support“) von seinen Bürgern. Diese Unterstützung bezieht sich auf die drei Hauptobjekte eines politischen Systems, nämlich die „Performance“ (d.h. den konkreten Output), das „Regime“ (die institutionelle Struktur) und die „politische Gemeinschaft“. Dabei stellt die Unterstützung des Regimes und vor allem der politischen Gemeinschaft die wesentlich grundlegendere Ebene dar. Sollte eine dieser beiden Legitimationsquellen „gestört“ sein, wäre das Bestehen des politischen Systems gefährdet, etwa aufgrund einer Nicht-Akzeptanz allgemeiner verbindlicher Entscheidungen und eines mangelnden Einhaltens der Gesetze durch die Bürger. Eine negative Bewertung des konkreten Outputs des politischen Systems wirkt sich auf das Funktionieren des politischen Systems nur aus, wenn sie dauerhaft ist und damit durch die Bürger generalisiert und auf die Bewertung des Regimes übertragen wird.

Diese abstrakte Zusammenfassung in analytischen Kategorien mag Aufschluss darüber geben, inwiefern die aus der empirischen Analyse herausgearbeiteten Ablehnungsgründe für andere EU-Mitgliedstaaten relevant sein könnten. So lässt sich etwa der Druck auf die wohlfahrtsstaatlichen Sozialsysteme in allen Ländern des „alten“ kontinentalen Europas spüren, auch wenn die wirtschaftliche und soziale Krise sowie die Notwendigkeit von Strukturreform als Reaktion auf die Globalisierung in Frankreich als besonders stark ausgeprägt betrachtet werden können. Damit einhergehend werden nicht nur in Frankreich, sondern z.B. auch in Deutschland, Rufe nach einer Harmonisierung der Sozialstandards sowie der Überprüfung der Wirtschaftsliberalisierung im neuen Kontext der erweiterten EU laut. Bezüglich der institutionellen Struktur der EU kann sicherlich argumentiert werden, dass die Unzufriedenheit der französischen Wähler eine Konsequenz der französischen Präferenz für direktdemokratische bzw. plebiszitäre Elemente und des vergleichsweise niedrigen Vertrauens in die repräsentative Demokratie darstellt. Dennoch wird eine gewisse Entfremdung zwischen den EU-Bürgern und ihrem politischen System in einigen weiteren EU-Ländern an den Zahlen der Enthaltung bei Europawahlen sowie des Vertrauens der Bürger in die EU offenkundig.⁶³ Schließlich ist die Behauptung sicherlich zutreffend, dass gewisse Aspekte einer „französischen Ideologie“, insbesondere die Auffassung der EU als Projektionsfläche der nationalen Ambitionen, die Akzeptanz einer immer breiter werdenden Gemeinschaft und des damit verbundenen, von dem Prozess der Europäisierung ausgehenden Veränderungsdrucks besonders schwierig macht. Allerdings ist hier auch nicht zu leugnen, dass solche

⁶² Vgl. hierzu Easton, D. (1965): A systems analysis of political life. New York: Wiley.

⁶³ Die Wahlenthaltung bei den letzten Europawahlen im Juni 2004 betrug im europäischen Durchschnitt 55%, in Deutschland 43%. Vgl. hierzu http://www.elections2004.eu.int/ep-election/sites/fr/results1306/turnout_ep/index.html. Im Eurobarometer 63 vom Frühjahr 2005 war betrug das Vertrauen der Bürger in die EU im Durchschnitt 44%, in Deutschland nur 39%. Vgl. hierzu: Eurobarometer 63.4. Nationaler Bericht Deutschland (2005), S. 17f.

Sorgen um den Erhalt der nationalen Souveränität oder die Zukunft der eigenen Kultur im Rahmen einer erweiterten EU in vielen Ländern festzustellen sind.

Schließlich ermöglicht die Anwendung dieses analytischen Rasters, „Prioritäten“ bei der Lösung des Legitimationsdefizits des EU-Systems zu identifizieren. Folgt man Easton, bieten sich Initiativen hin zur Verbesserung der Akzeptanz einer europäischen politischen Gemeinschaft und des europäischen institutionellen Gefüges als dringendste Aufgaben. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, den „französischen Fall“ nicht als Einzelfall abzutun, sondern seine potentiell europaweite Relevanz zu berücksichtigen.

III. Reaktionen und Entwicklungen nach dem Referendum: Verpasste Neuausrichtung

Die komplexe Analyse der Gründe für die Ablehnung des Verfassungsvertrags verdeutlicht, welchen Herausforderungen sich die französischen politischen Verantwortlichen nach dem 29. Mai zu stellen hatten. Sie mussten das demokratische Votum auch gegen ihre eindeutig formulierte Präferenz akzeptieren, analysieren und darauf reagieren, ohne sich gleichsam von dem mit den EU-Partnern gemeinsam vereinbarten Integrationsziel zu entfernen. Darüber hinaus galt es, die tägliche Interaktion mit den anderen Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen möglichst wenig zu belasten, um der (immer wieder befürchteten) eigenen Marginalisierung vorzubeugen.

Die folgende Analyse überprüft die vorliegenden Reaktionen vor dem Hintergrund der zuvor identifizierten Ablehnungsgründe. Zudem stellt sie die Grundlage für eine Einschätzung künftiger Entwicklungsmöglichkeiten der französischen Europadebatte und -politik dar. Ihr erster Teil beschäftigt sich mit der Europapolitik von Staatspräsident und Regierung im Jahr nach dem „Nein“. Dass es hierbei zunächst nicht um den Verfassungsvertrag im engeren Sinne geht, darf nicht verwundern. Die Strategie der französischen Regierung lässt sich als Versuch beschreiben, „den Kontext zu verändern“, um dann unter besseren Voraussetzungen wieder die Verfassungsfrage (oder zumindest die Frage der institutionellen Reformen) anzugehen. Parallel haben sich einige französische Politiker in der einen oder anderen Form zur Zukunft des Verfassungsvertrags geäußert. Diese Vorschläge werden im zweiten Teil der Analyse aufgegriffen.

1. Die Europapolitik des Staatspräsidenten und der Regierung: Schönheitsoperationen statt grundlegende Reformen

Für Staatspräsident Chirac stellte der Ausgang des Referendums einen persönlichen und politischen Misserfolg dar, der seiner Glaubwürdigkeit auf nationaler sowie europäischer Ebene schadete. In der Folge war Chirac offensichtlich darauf bedacht, Europa für die Franzosen wieder positiver zu belegen und den französischen Anspruch auf eine Führungsrolle in Europa aufrecht zu erhalten. Im Rahmen einer Informationsreise mit französischen Abgeordneten im November 2005 nach Brüssel⁶⁴, stellte Europaministerin Colonna die **vier Pfeiler** der Europapolitik der neu eingesetzten Regierung Villepin, die im Bereich der Europapolitik als verlängerter Arm des Präsidenten verstanden werden kann, dar: die offensive Vertretung nationaler Interessen, die Vertrauensbildung anhand konkreter Projekte und Impulse, die Verbesserung der Regierungsarbeit

⁶⁴ „Quand les parlementaires partent en classe d’Europe“, in: Le Figaro vom 1.12.2005.

und der Informationspolitik zu Europa.⁶⁵ Diese vier Elemente können bei der Analyse der Reaktionen auf das Referendum als Referenzpunkte dienen.

Auf europäischer Ebene unterstreichen Staatspräsident und Regierungsvertreter immer wieder unmissverständlich ihre Absicht, **französische Interessen** weiterhin zu artikulieren und durchzusetzen. Durch diese Haltung und seine aktuellen innenpolitischen Probleme wird Frankreich für die anderen Mitgliedstaaten der Union und die Europäische Kommission zu einem zunehmend problematischen Partner. Die derzeitige relative Zurückhaltung mit Kritik und die weitere aktive Einbindung Frankreichs in die Prozesse auf europäischer Ebene gründen sicher auf der bisherigen Rolle des Landes und seiner weiterhin bestehenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung. Im Hinblick auf mögliche neue starke Interessenskoalitionen unter den Mitgliedstaaten sollte sie aber keineswegs als gesichert angesehen werden.

Die Spannungen zwischen der französischen Staatsführung und der Europäischen Kommission haben sich in der Wortwahl und den gegenseitigen Bezeichnungen verschärft.⁶⁶ Brüssel und Paris sind in jüngster Zeit etwa über die europäische Verhandlungsführung in der Welthandelsrunde, über die Massentlassungen bei Hewlett-Packard und den aktuellen Fusionen auf dem Energiemarkt bis hin zu weiteren protektionistischen Tendenzen Frankreichs aneinander geraten. Wie gespannt sich die Beziehungen teilweise darstellen, zeigte der Besuch Barrosos und die Hitzigkeit der Debatte in der Assemblée nationale Ende Januar 2006.⁶⁷ Die Tatsache, dass die Europäische Kommission Anfang des Jahres die Unzulänglichkeiten der französischen Reformen im Rahmen der Lissabon-Agenda bemängelte, hat zu weiteren Spannungen geführt.⁶⁸ Die französischen Verantwortlichen brandmarken die Kommission in Brüssel als Verursacher unangenehmer wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen. Dies steht dem erklärten Ziel, Europa wieder positiver zu belegen, entschieden entgegen.

Differenzen bestehen weiterhin mit dem alten Rivalen Großbritannien. Dies verdeutlichten die Konfrontationen zwischen Jacques Chirac und Tony Blair im Rahmen der britischen Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2005, die von den französischen Verantwortlichen als notwendiger Kampf für die Erhaltung des französischen Modells in Europa dargestellt wurden.⁶⁹ Frankreich kann sich zwar weiterhin auf die funktionierende deutsch-französische Freundschaft berufen, doch die scheint von der

⁶⁵ Colonna, C. (2005): Six mois d'action gouvernementale en matière européenne. Bilanz der französischen Europaministerin am 28.11.2005 in Brüssel, abrufbar unter: http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/action_gouvernementale.pdf.

⁶⁶ „Un gros déficit de confiance entre Bruxelles et Bercy“, in: Libération vom 18.11.2005. ; „Chirac et le « machin » bruxellois“, in: Libération vom 8./9.10.2005.

⁶⁷ „M. Barroso s'explique devant les députés français“, in: Le Monde vom 25.1.2006.

⁶⁸ „Bruxelles dénonce l'insuffisance des réformes du premier ministre français“, in: Le Monde vom 25.1.2006.

⁶⁹ „Bataille franco-britannique pour le budget de l'Europe élargie“, in: Le Monde vom 26.12.2005.

Gegenseite zunächst bis 2007 in einem verlangsamten Tempo fortgeführt zu werden.⁷⁰ Hauptgrund hierfür ist neben der innenpolitischen Lage des Landes, dass Deutschland das von französischen Vertretern immer wieder angedachte Aufschnüren des Paketes des Verfassungsvertrages verhindern möchte. Die deutsche Regierung erhofft sich neue Impulse und Optionen durch einen Wechsel an der französischen Staatsspitze für ihre Ratspräsidentenschaft im ersten Halbjahr 2007. Die zunehmende Betonung alternativer Partnerschaften - beispielsweise mit Spanien⁷¹ - sollte die französischen politischen Vertreter alarmieren und ihnen ihre Verantwortung für die deutsch-französischen Beziehungen vor Augen führen.

Die Forderungen nach einem „**Europa der Projekte“ und der konkreten Impulse** werden von den Vertretern der französischen politischen Führung regelmäßig erhoben. Dabei werden gemeinsame Initiativen einzelner Mitgliedstaaten in verschiedenen Politikfeldern angedacht, um die Integration punktuell zu vertiefen und spürbare Policy-Erfolge herbeizuführen. Somit soll zunächst der politische Kontext verbessert und das Vertrauen der Bürger in die EU auf diesem Wege wiederhergestellt werden, bevor die institutionelle Frage erneut aufgegriffen werden kann.⁷² Bei diesen Projekten handelt es sich in erster Linie um die Bereiche Forschung und Entwicklung, Energie, wirtschaftliche Koordinierung der Euro-Zone sowie Sicherheitspolitik und Zuwanderung, wobei dem deutsch-französischen Tandem in einigen Bereichen eine Vorreiterrolle zu kommen könnte.⁷³ Zu unterstreichen ist diesbezüglich, dass diese punktuelle „vertiefte Integration“ hauptsächlich als zwischenstaatliche Kooperation konzipiert wird und somit einer intergouvernementalen Auffassung der EU entspricht. Teilweise werden sogar Integrationsschritte gefordert, die eine Umsetzung von Inhalten des VVE „à traité constant“ bedeuten würden. Dieses weitgehende Rosinenpicken könnte die Realisierbarkeit des VVE gefährden, wenn es den Vertrag in seinem Kompromiss- und Paketcharakter auflöst.

Aus der allgemeinen Ideenlosigkeit des Staatspräsidenten nach dem Referendum stach im Sommer 2005 der Auftrag an die neue Regierung von Dominique de Villepin hervor, Mittel und Wege zu finden, das Parlament, die Gebietskörperschaften, aber auch die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft verstärkt in die Formulierung französischer Europapolitik

⁷⁰ „Les relations franco-allemandes gelées jusqu'à l'élection présidentielle de 2007“, in: Le Monde vom 14.3.2006.

⁷¹ „Merkel und Zapatero gemeinsam für die EU-Verfassung“, AP-Meldung vom 20.4.2006; „Spanien will Deutschland helfen, die EU-Verfassung zu retten“, in: Die Zeit, 23/2006.

⁷² Vgl. stellvertretend: „La relation franco-allemande, un héritage au service de l'Union“, von Philippe Douste-Blazy, in: Le Figaro vom 24.11.2005; „M. Douste-Blazy souhaite une « avant-garde » européenne“, in: Le Monde vom 24.9.2005; „Paris veut relancer l'Europe de la défense“, in: Le Figaro vom 13.10.2005.

⁷³ Siehe hierzu Chiracs Meinungsbeitrag in diversen europäischen Zeitungen, unter anderem Le Figaro und der FAZ, vom 26.10.2005: „Force et solidarité: Répondre aux attentes des Européens“, sowie Villepins Europa-Rede vom 18.1.2006 in der Humboldt-Universität zu Berlin, in der er die Idee eines deutsch-französischen Technologiezentrums und einer deutsch-französischen Grenzpolizei aufwarf.

einzubinden.⁷⁴ Mit diesem **Versuch, die Regierungsarbeit zu verbessern** sollten bestehende und offensichtlich erfolglose Konstellationen bei der Formulierung französischer Europapolitik angepasst werden, unter anderem um die Distanz zwischen Gesellschaft und politischer Elite zu überbrücken.

Die Ideen, Europa durch greifbare Fortschritte wieder attraktiv zu machen und in diesem Zusammenhang die Regierungsarbeit zu verbessern, gehen prinzipiell in die richtige Richtung. Sie können jedoch die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Umdenkens nicht ersetzen, das eine demokratische und partizipative Untermauerung französischer Europapolitik herbeiführen müsste. Das Fehlen einer Diskussions- und Verhandlungskultur hat sich in den vergangenen Monaten und Jahren immer häufiger auch bei der Formulierung anderer politischer Vorhaben als problematisch erwiesen.⁷⁵ Die politische Elite des Landes verharrt in einem überkommenen gesellschaftlichen Rollenverständnis und zieht damit einen tiefen Graben zwischen sich und die restliche französische Bevölkerung. Dies verhindert die gemeinsame Formulierung von europapolitischen Zielen, die die Wähler als legitim anerkennen, und erklärt, warum die Bevölkerung nicht bereit war, die Integrationschritte im Verfassungsvertrag „abzusegnen“.

Auch die institutionellen Veränderungen auf nationaler Ebene machen deutlich, dass die französischen Verantwortlichen in der Folge des Referendums nur zu Schönheitsoperationen, nicht aber zu einer grundlegenden Umgestaltung bereit sind. Mitte Oktober 2005 nahm die Regierung Veränderungen im Bereich des SGCI (Secrétariat général du Comité interministériel pour les questions de coopération économique européenne) vor. Das Sekretariat, das unter Federführung des Premierministers als Schaltstelle zwischen den Ministerien, der Assemblée nationale, dem Senat und der Repräsentanz in Brüssel fungiert und dabei eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozess spielt, wurde in SGAE (Secrétariat général des Affaires européennes) umbenannt. Dies hatte weniger inhaltliche als strukturelle Veränderungen zur Folge. Nachdem das Sekretariat vorher von Finanzministerium und Premierminister gemeinsam unterhalten wurde, ist es nunmehr finanziell ausschließlich an den Regierungschef gebunden. Die Aufgaben des Sekretariats wurden dahingehend ausgeweitet, dass es nun für die Organisation der ebenfalls seit Herbst stattfindenden monatlichen interministeriellen Räte zu Europa zuständig ist. Über diese Aufgabenausweitung hinaus scheint sich die Arbeit des Sekretariats aber nicht grundlegend gewandelt zu haben. Die Veränderungen können vielmehr als Stärkung der Rolle Matignons bei der Formulierung französischer Europapolitik verstanden werden.⁷⁶

⁷⁴ „M. Chirac veut associer les partenaires sociaux aux processus de décision européens“, in: Le Monde vom 30.8.2005.

⁷⁵ Uterwedde, Henrik (2006): Der Konflikt um den CPE. Ein politisches Lehrstück, in: Dokumente, Nr. 2.

⁷⁶ „Matignon renforce son emprise sur la politique européenne“, in: Le Monde vom 23./24.10.2005.

Das SGAE erarbeitete im Dezember 2005 ein Papier, das dem Premierminister als Grundlage zu einer Mitteilung diente, die den Willen zu einer stärkeren Einbindung der verschiedenen Volksvertreter und der Zivilgesellschaft unterstrich.⁷⁷ Villepin hatte in diesem Zusammenhang bereits regelmäßig stattfindende Debatten in der Assemblée nationale vor jedem Europäischen Gipfel eingeführt. Da es sich dabei aber um bloße Aussprachen ohne Abstimmung und mit meist geringer Beteiligung handelt, sind Zweifel an ihrem Nutzen berechtigt.

Die **Informationspolitik zu Europa** kann die bestehende Problematik fehlender partizipativer Elemente in der französischen Europapolitik nicht abmildern. Die französische Regierung kam ihrem Anspruch bislang nicht nach, Europa wieder positiver zu belegen. Die Auftritte von Europa-ministerin Colonna in den französischen Regionen haben das Stimmungsbild in der Bevölkerung nicht wandeln können⁷⁸ und der Verfassungsvertrag wird von der Mehrheit der Bevölkerung weiterhin abgelehnt.⁷⁹

In ihren Reaktionen stützte sich die Regierung unter anderem auf einen Bericht des Abgeordneten Herbillon, der noch von den Vorgängern in Auftrag gegeben worden war.⁸⁰ Dieser beinhaltete schon im Titel eine ausschließliche Ausrichtung auf eine Verbesserung der französischen Informationspolitik zu Europa.

Es hat sich jedoch erwiesen, dass diese nur Schlagkraft entwickeln kann, wenn dabei die angesprochenen tiefergehenden Motive der französischen Bevölkerung im Referendum bedacht werden.

2. Der Umgang mit dem Verfassungsvertrag: Verharren in französischen Denkmustern

2.1 Positionen im Regierungslager

Die offizielle französische Linie bezüglich der Frage nach der Zukunft des Verfassungsvertrages ist schwer zu erkennen.⁸¹ Gemein sind den Vorschlägen französischer Politiker das Ausschließen einer Wiedervorlage des gleichen Verfassungstextes in einem zweiten Referendum. Damit anerkennen sie das Votum der französischen Bürger, übertragen es aber gleichzeitig auf ganz Europa, was insbesondere in den Staaten als illegitim

⁷⁷ „Association du parlement, des collectivités territoriales, des partenaires sociaux et de la société civile au processus de décision européen“, Mitteilung des Premierministers Dominique de Villepin vom 19.12.2005, veröffentlicht im JORF vom 9.2.2006, S. 2073; „M. Chirac veut relancer l'Europe « dans le respect du vote des Français », in: Le Monde vom 20.12.2005.

⁷⁸ „Colonna, VRP de l'Union de l'après-non“, in: Libération vom 24.10.2005.

⁷⁹ Vgl. Umfrage des CSA vom 16./17.5.2006: „L'intention de vote dans l'hypothèse d'un nouveau référendum sur le traité constitutionnel européen“.

⁸⁰ Herbillon, M. (2005): La fracture européenne. Après le référendum du 29 mai: 40 propositions concrètes pour mieux informer les Français sur l'Europe. Bericht an den Premierminister, Juni 2005.

⁸¹ „Constitution: le message brouillé de la France“, in: Le Figaro vom 14./15.1.2006.

angesehen wird, die hinter dem VVE stehen und ihn bereits ratifiziert haben. Die aufgezeigten Alternativen für den weiteren Umgang mit dem Text zielen immer auf ein Aufschneiden des Verfassungspakets hin und sehen die Umsetzung einzelner Elemente, insbesondere aus dem ersten Teil, vor.

Prominentestes Beispiel für den Versuch, den Vertrag zu filetieren ist der von Staatspräsident Chirac angekündigte „Wiederbelebungsplan“ für Europa. Im April 2006 übersandten der französische Außenminister Douste-Blazy gemeinsam mit Europaministerin Colonna ihren Vorschlag zum weiteren Vorgehen an die österreichische Ratspräsidentschaft, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament. Dieser nimmt die bereits im Januar formulierten Forderungen⁸² des französischen Staatspräsidenten in detaillierter Form auf: die institutionelle Verbesserungen auf Basis der bestehenden Verträge; die Aufwertung nationaler Parlamente im europäischen Entscheidungsprozess; die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Bereich Justiz und Inneres; die Stärkung des Amtes des Hohen Repräsentanten für die gemeinsame Außenpolitik der Union und die engere Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und sozialen Fragen.⁸³

Neben dieser offiziellen Linie Chiracs gibt es im Regierungslager weitere Äußerungen zur Zukunft der EU, die alle vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen zu werten sind, insbesondere auch die in Berlin gehaltenen Europareden von Premierminister Villepin⁸⁴ und Innenminister Sarkozy⁸⁵.

Regierungschef Villepin werden nach der Rücknahme des Gesetzes zum Ersteinstillungsvertrag für Jugendliche und der noch ungelösten Clearstream-Affäre nur noch geringe Chancen auf das Amt des französischen Staatspräsidenten eingeräumt.⁸⁶ Im Kampf um die Präsidentschaftskandidatur der UMP befindet sich der Regierungschef schon seit längerem in einem Dilemma zwischen gleichzeitig erforderlicher Loyalität und Abgrenzung zu Chirac. Hinsichtlich der Frage der Zukunft des VVE führte diese schwierige Gratwanderung bislang zu recht vagen und unverbindlichen Äußerungen. Villepins Rede an der Humboldt-Universität

⁸² „Umstrittener Rettungsversuch. Chirac will die EU-Verfassung in Einzelteilen verwerfen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 11.1.2006; „Chirac : Des vieux pieux pour l'UE“, in: Libération vom 10.1.2006; „Constitution européenne : l'Autriche à l'écoute de Jacques Chirac“, in: Les Echos vom 11.1.2006; „Chirac entend relancer l'Eurogroupe“, in: La Croix vom 11.1.2006; „Jacques Chirac veut convaincre les Allemands d'appliquer certaines dispositions de la Constitution“, in: Le Monde vom 10.1.2006.

⁸³ „Paris macht Reformvorschläge für EU. Die Ideen sollen „Institutionen schlagkräftiger machen“, in: WortLuxemburg vom 25.4.2006.

⁸⁴ Dominique de Villepin, Rede des französischen Premierministers an der Humboldt-Universität zu Berlin am 18.1.2006, abrufbar unter: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/villepin_humboldt_fr.pdf.

⁸⁵ Nicolas Sarkozy, Rede vor der Konrad Adenauer Stiftung in Berlin am 16.2.2006, abrufbar unter: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/sarkozy_europa_berlin_fr.pdf.

⁸⁶ „Das Ende einer Krise – und einer Karriere. Frankreichs störrischer Premier Dominique de Villepin ist nur noch Regierungschef auf Abruf“, in: SZ vom 11.4.2006.

im Januar 2006 war so vornehmlich von der Grundidee eines „Europa der Projekte“ geprägt - mit konkreten Aussagen zum künftigen Umgang mit dem VVE hielt sich der französische Regierungschef zurück. In Salzburg wiederholte Villepin Ende Januar 2006 seine weiterhin allgemein gehaltenen Forderungen nach mehr Pragmatismus in der EU.⁸⁷

In einer Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung im Februar 2006 konkretisierte Innenminister Sarkozy seine institutionelle Herangehensweise an die Frage nach der Zukunft des VVE. Der französische Innenminister stellte einen 3-Phasen-Plan vor: In einem ersten Schritt könnten innerhalb der bestehenden Verträge Teile des VVE bereits umgesetzt werden. Dies würde beispielsweise die Einführung von Bürgerbegehren, die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen oder die Zusammenarbeit in Strafsachen und bei grenzüberschreitender Kriminalität betreffen. Hier handelt es sich demnach ebenfalls darum, den institutionellen Rahmen für vertiefte Kooperationen zu erleichtern, wobei solche Projekte nach dem Beispiel des Schengener Raums oder Airbus auch außerhalb des EU-Rahmens umgesetzt werden könnten. In einem zweiten Schritt könnten die konsensfähigen Punkte des VVE in einer verkürzten Textfassung umgesetzt werden. Mit einem Umfang von 10-15 Artikeln wären die Einführung der doppelten Mehrheit, einer stabilen Ratspräsidentschaft und eines Außenministers, sowie die Ausweitung der Mitentscheidungsverfahren und der qualifizierten Mehrheit, sowie die Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips durch die Nationalen Parlamente im Rahmen eines Frühwarnsystems denkbar. Anschließend sollte nach Sarkozys Vorstellungen in einem dritten Schritt eine demokratische Debatte über die Politiken und die Grenzen der EU, sowie ihre Finanzierung eingeleitet werden. Sie könnte mit den Wahlen zum Europaparlament 2009 in die Schaffung eines neuen, demokratisch legitimierten Verfassungskonvents münden. Im Rahmen seiner Teilnahme an einem Treffen der spanischen Konservativen in Madrid und am Kongress der Europäischen Konservativen in Rom im März 2006 wiederholte der französische Innenminister seine Ideen und stellte sich dabei als Teil einer neuen Generation für das weitere Voranschreiten in Europa dar.⁸⁸

Der selbstbewusst auftretende Innenminister und wahrscheinliche Präsidentschaftskandidat der UMP kann sich auch aufgrund seiner bekannten Distanz zum aktuellen Staatspräsidenten frei äußern. Er spricht sich für einen grundlegenden politischen Wandel in Frankreich aus und kann damit derzeit die Sympathien vieler Franzosen für sich gewinnen. Zu Europa vertritt Sarkozy eine konservative Grundhaltung, die sich weder einer liberalen Vision noch der Verbundenheit mit der Gemeinschaftsmethode zuschreiben lässt, die aber im Ergebnis klar zur Betonung nationaler Interessen führt.

⁸⁷ Dominique de Villepin, Impulsreferat des französischen Premierministers am 27.1.2006 in Salzburg, http://eu2006.at/de/News/Speeches_Interviews/2701villepin.html.

⁸⁸ „A Madrid, Sarkozy vante « l'Europe d'après »“, in: Le Figaro vom 6.3.2006; „A Rome, Nicolas Sarkozy fait l'éloge de la « droite moderne » et « réformatrice »“, in: Le Monde vom 31.3.2006.

2.2 Der konturlose PS

Die Parteiführung des Parti socialiste bemüht sich seit dem Referendum um ein einheitliches Auftreten und den Abbau von Konflikten und Spaltungen aus der Zeit der Kampagne. Der Versuch, das Reizthema Europa durch allgemein vage Aussagen niederzuhalten, wird durch die Stellungnahmen potentieller Präsidentschaftskandidaten jedoch immer wieder unterlaufen.

Die offizielle Linie des PS beschränkt sich auf die Forderung nach mehr „Sozialem Europa“ und eine Ablehnung in ihren Augen „neoliberaler“ und nur auf den Wettbewerb ausgerichteter Versionen Europas. Die Zukunft des VVE wird dabei bewusst ausgespart.⁸⁹ Der Parteikongress des PS in Le Mans Ende November 2005 war von der klaren Zielsetzung bestimmt, die verschiedenen Teile des PS für den anstehenden Wahlkampf wieder auf eine Linie zu bringen. In seiner Rede erklärte Hollande den Verfassungsvertrag für gescheitert. Die Wahl der Franzosen müsse akzeptiert und die richtigen Schlüsse für das weitere Vorgehen gezogen werden. Um Europa den Bürgern wieder näher zu bringen, müsse es sozialer, demokratischer und wirtschaftlich erfolgreicher sein.⁹⁰ Die Wunden, die die Auseinandersetzung um den VVE in der Partei geschlagen hat, sind noch lange nicht verheilt und die offizielle Einigkeit kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass problematische Beziehungen zwischen verschiedenen Mitgliedern bestehen.

Vertreter des PS bevorzugen nicht nur deshalb allgemeine gemeinsame Stellungnahmen und Initiativen auf europäischer Ebene. François Hollande verfasste mit den Präsidenten der belgischen Sozialisten und dem Generalsekretär der italienischen „Democratici di Sinistra“ eine gemeinsame Erklärung zur Europäischen Union.⁹¹ Und auch Dominique Strauss-Kahn nutzte seinen Think Tank „A Gauche en Europe“ zu einer gemeinsamen Erklärung mit mehreren europäischen Sozialisten.⁹² Gemein ist den Erklärungen, dass sie die Verantwortung der europäischen Sozialisten für die Zukunft Europas unterstreichen, zum konkreten Umgang mit dem VVE aber keine Aussagen machen.

Nach und nach äußern sich aber potentielle Präsidentschaftskandidaten klarer zur Zukunft des VVE und brechen damit mit der vorgegebenen Linie des PS.⁹³ Ségolène Royale, der für die Präsidentschaftskandidatur zunehmend gute Chancen eingeräumt werden⁹⁴, stellte sich Mitte März 2006

⁸⁹ François Hollande, Voeux à la Presse, 16.1.2006, abrufbar unter: http://www.fhollande.net/article/index.php?id_doc=1061.

⁹⁰ François Hollande, Abschlussrede auf dem Kongress von Le Mans, 20.11.2005, abrufbar unter: <http://congres2005.parti-socialiste.fr>.

⁹¹ Hollande, F./di Rupo, E./Fassino, P.: Déclaration commune sur l'Union européenne, 16.12.2005, abrufbar unter: http://www.parti-socialiste.fr/tiki-index.php?page=051216_declaration_fh_dirupo_fassino.

⁹² „Comment la gauche peut relancer la construction européenne“, von Dominique Strauss-Kahn, Massimo d'Alema, Anna Diamantopoulou, Kinga Gönz, Bruno Liebhäber, Diego Lopez Garrido, in: Les Echos vom 13.1.2006.

⁹³ „Es kann rasch gehen mit der EU-Verfassung“, in: Der Standard vom 16.3.2006.

⁹⁴ „Eine Frau für Frankreich“, in: Süddeutsche Zeitung vom 22./23.4.2006.

gegen die von ihrer Partei vertretenen offiziellen Auffassung, der Verfassungsvertrag sei tot. Über den Umweg der positiven Besetzung von Themen wie Arbeit, Umwelt und Gesundheit und der Verbesserung der Vermittlung der Inhalte des VVE könnte nach Meinung der Präsidentin der Region Poitou-Charentes die Akzeptanz für den Text in der französischen Bevölkerung erhöht werden. Dadurch würde eine Umsetzung des VVE in der ein oder anderen Form wieder denkbar.

Lionel Jospin positionierte sich mit der Veröffentlichung seines Buches „Le monde comme je le vois“ Ende Oktober 2005. Der frühere Premierminister malt darin ein recht schwarzes Bild von Europa. Den Verfassungsvertrag erklärt er für tot und institutionelle Veränderungen in der Europäischen Union nur auf der Grundlage der bestehenden Verträge für denkbar. Darüber hinaus verlangt er, den Nationalstaaten ihr Gewicht und damit ihre Verantwortung in Europa zurückzugeben und damit eine „Fédération des Etats-nations“ zu schaffen.⁹⁵

Laurent Fabius muss in seinem Kampf um die Präsidentschaftskandidatur zunächst seine selbstverschuldete „europäische Isolierung“ ablegen.⁹⁶ Im September 2005 äußerte sich der ehemalige Premierminister nach langem Schweigen wieder.⁹⁷ Dabei präsentierte er sich als Kämpfer für ein „anti-liberales“ Europa und unterstrich, dass die gegenwärtigen Entwicklungen in der EU die Gegner des VVE nur in ihrem Kampf gegen eine falsche Vision von Europa bestätigten. Im Mai 2006 präzisierte Fabius seine Forderungen und verlangte gemeinsame Projekte und die engere Zusammenarbeit europafreundlicher Mitgliedsländer (beispielsweise im Energiesektor), autonome Eigenmittel für die Gemeinschaft, ein Moratorium über die Erweiterung und die Einleitung eines neuen Verfassungsprozesses, an dessen Ende ein europaweites Referendum über einen neuen Text stehen sollte.⁹⁸

Auch der PS bleibt insgesamt eine angemessene Antwort auf den Ausgang des Referendums schuldig. Die recht konturlose Haltung des PS lässt jedoch gleichzeitig verschiedenste Szenarien möglich erscheinen. Sollten die Sozialisten bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen und den im gleichen Jahr anstehenden Wahlen zur Nationalversammlung Erfolge erlangen, ist ein Einschwenken auf den deutschen Vorschlag einer Umsetzung des Verfassungsvertrages mit einem angefügten Sozialprotokoll durchaus denkbar. Dafür müssen aber innerparteilich noch verschiedene Kämpfe ausgefochten und Richtungsentscheidungen getroffen werden.

⁹⁵ „Dans son livre, Jospin voit l'Europe en noir“, in: Libération vom 24.10.2005.

⁹⁶ „M. Fabius rencontre M. Juncker pour sortir de son isolement européen“, in: Le Monde vom 8.2.2006.

⁹⁷ „Depuis Bruxelles, Fabius recommence à parler d'Europe“, in: Le Figaro vom 20.9.2005.

⁹⁸ „Relancer l'Union européenne“, in: Le Monde vom 23.5.2006.

2.3 Die Verfassungsgegner

Die heterogene Gruppe der Gegner des Verfassungsvertrags, die im politischen Spektrum insbesondere rechte und linke Extreme abdecken, fanden in der Folge des 29. Mai naturgemäß keine gemeinsame Linie und können auch keine konkreten Alternativen vorschlagen.⁹⁹ Den selbsternannten „pro-europäischen“ Gegnern des Verfassungsvertrages, wie der neuen Strömung im PS „Renover maintenant“ von Arnaud Montebourg¹⁰⁰, fehlt es an Rückhalt und Durchschlagkraft. Bezeichnend für die Ideenlosigkeit der „pro-europäischen“ Gegner des Verfassungsvertrages sind darüber hinaus die Entwicklungen bei ATTAC. Die Organisation, die während der Referendumskampagne zum wichtigsten und durchschlagkräftigsten Kämpfer gegen den Vertrag geworden war, beteiligt sich nach dem 29. Mai 2005 kaum an den Auseinandersetzungen um die künftige Form Europas. Die Verantwortlichen sind vielmehr mit den seit Monaten schwelenden Organisationskonflikten und finanziellen Problemen beschäftigt.¹⁰¹

Von den europakritischen Vertretern des Front National und der Souveränisten ist kaum ein konstruktiver Beitrag zu erwarten, haben sie doch mit der Ablehnung des VVE durch die französische Bevölkerung ihr oberstes Ziel erreicht.

3. Die Rückbesinnung auf die Grenzen Europas

Bezeichnend ist auch die Haltung Frankreichs zur Erweiterungsfrage. Sie kann als Verlängerung der Debatte um die Zukunft des VVE gewertet werden. Die offiziellen Stellungnahmen sind hinsichtlich weiterer Beitritte zur Europäischen Union zunehmend kritisch. Auf dem EU-Gipfel im Dezember 2005 stellte Frankreich die Fortführung der Erweiterung in Frage und verlangte die weitere Aufnahme von Ländern jeweils genau zu überprüfen und dabei die Aufnahmekapazitäten der Europäischen Union in ihrer derzeitigen Lage genau abzuwägen.¹⁰² Diese Forderung erneuerte Staatspräsident Chirac auf dem Europäischen Gipfel Ende März 2006, indem er verlangte, dass über die Grenzen und die Aufnahmefähigkeit der EU neu nachgedacht werden müsse.¹⁰³

Die konkrete Frage des Beitritts der Türkei lässt die politischen Spannungen wiederum offen zu Tage treten.¹⁰⁴ Chirac sah sich mit seiner

⁹⁹ „Le camp du « non » défend toujours l'introuvable Plan B“, in: Libération vom 29.9.2005.

¹⁰⁰ „Montebourg veut réveiller le débat européen“, in: Le Figaro vom 20./21.8.2005.

¹⁰¹ „Attac en pleine crise de décroissance“, in: Libération vom 12.12.2005; „Attac dans le rouge après le référendum“, in: Libération vom 21.1.2006.

¹⁰² „Elargissement de l'Union: Paris souhaite un débat de fond“, in: Les Echos vom 13.12.2005; „Frankreich warnt vor neuer Welle der Erweiterung“, in: Süddeutsche Zeitung vom 13.12.2005; „Palinodies françaises sur l'élargissement“, Daniel Vernet in Le Monde vom 21.12.2005.

¹⁰³ „Les réticences de Paris sur l'élargissement gagnent du terrain“, in: Le Figaro vom 25./26.3.2006.

¹⁰⁴ „La droite française, hostile à l'entrée de la Turquie, en fait un enjeu présidentiel

ursprünglichen vehementen Befürwortung eines Beitritts der Türkei im eigenen Lager isoliert. Nachdem sich Premierminister Villepin im Sommer 2005 kritischer zur Beitrittsfrage äußerte, bezog auch der Staatspräsident zunehmend zurückhaltend Stellung.¹⁰⁵ Damit nähern sich beide der offiziellen Haltung der UMP an, die von Innenminister Sarkozy überzeugt vertreten wird. Auf ihrem Parteitag im November 2005 legte die Regierungspartei fest, auf ergebnisoffenen Verhandlungen der EU mit der Türkei und der in der französischen Verfassungs mittlerweile ohnehin vorgeschriebenen Befragung der französischen Bevölkerung vor einem eventuellen Beitritt zu bestehen.¹⁰⁶ Der PS und andere Oppositionsparteien wie die Grünen und die Kommunisten befürworten den Beitritt der Türkei bislang grundsätzlich, solange die Beitrittskriterien zur Union erfüllt sind. Die Stimmung im Land hinsichtlich künftiger Erweiterungen der EU und insbesondere in Bezug auf die Frage des Türkeibeitritts ist jedoch kritisch und wird insbesondere von Vertretern des Regierungslagers immer wieder aufgenommen und verstärkt.

pour 2007, in: Le Monde vom 4.10.2005.

105 „Même seul, Chirac reste un défenseur de l'adhésion“, in : Le Monde vom 30.9.2005 ; „Les déclarations de M. de Villepin sur la Turquie sèment le trouble“, in: Le Monde vom 4.8.2005 ; „Jacques Chirac durcit le ton vis-à-vis d'Ankara“, in: Le Figaro vom 27./28.8.2005.

106 „Sarkozy calme le jeu sur la Turquie“, in: Le Figaro vom 27./28.8.2005.

IV. Schlussfolgerungen und Handlungsoptionen

1. Zusammenfassung der Ergebnisse

Unsere Analyse der Ablehnungsgründe des VVE durch die französische Bevölkerung hat ein dreifaches Legitimationsproblem aufgezeigt, das wir im Sinne David Eastons als „utilitaristisch“, „politisch“ und „kulturell“ eingeordnet haben. Werden die in der innerfranzösischen Diskussion bislang vorgebrachten Antworten vor diesem Hintergrund analysiert, zeigt sich, dass die französischen Politiker insbesondere auf das Legitimationsproblem auf der „*utilitaristischen Ebene*“ reagieren. Die Interpretationen des Neins durch die gemäßigten politischen Akteure zeigen dabei über das rechte und linke Lager hinweg viele Gemeinsamkeiten. Die meisten Akteure interpretieren das „Nein“ als Kritik an einer EU, die als „Verstärker“ der von der Globalisierung ausgehenden „Gefahren“ wahrgenommen wird, und fordern eine bessere Ausrichtung der EU-Politik auf den „Schutz“ nationaler Interessen und Besonderheiten. Dies ist aber keine Fundamentalopposition gegen die EU an sich.

- Das bürgerliche Regierungslager betont insbesondere die Notwendigkeit konkreter Projekte, um die Erwartungen der Bürger an die EU mit spürbaren Erfolgen zu füllen. Zudem wird die „Stellung Frankreichs“ und die Realisierung seiner nationalen Interessen in den europäischen Entscheidungsprozessen hervorgehoben.
- Die Sozialisten fordern die Schaffung eines „Sozialen Europas“ zur Vervollständigung des Binnenmarktes, der allerdings den traditionellen französischen Vorstellungen einer „ausgewogenen“ Wirtschaftsordnung entsprechen sollte.

Der insbesondere von den Akteuren des bürgerlichen Lagers angestrebte verbesserte „Output“ könnte – sofern er erreicht wird – sicherlich die „Bedrohungsängste“ und „Liberalisierungskritik“ mildern. Allerdings ist es unter heutigen institutionellen Bedingungen fraglich, ob die EU überhaupt in der Lage sein kann, im Bereich Wirtschaft, Beschäftigung, Soziales den gewünschten Output zu liefern. Eine solche Strategie zur Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in die EU (etwa durch „Projekte“ wie Investitionen in Bildung, Infrastruktur etc.) kann je nach Politikfeld erhebliche Investitionen erfordern, während die materielle Wirksamkeit der Politiken eine Weile auf sich warten lassen wird, so dass entgegen den Behauptungen ein oder zwei Jahren nicht ausreichen dürften, um durch diese Maßnahmen einen Effekt auf die öffentliche Meinung zu erzielen. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit über ein „Europa der Projekte“ die politische Steuerungsfähigkeit in Bereich

Wirtschaft und Soziales ausgeübt werden kann.¹⁰⁷ Die Fokussierung auf den wünschenswerten „Output“ des Systems birgt überdies das Risiko, die utilitaristische Dimension der VVE-Abstimmung überzubewerten und andere zentrale Ablehnungsgründe zu vernachlässigen.

Unsere Analyse hat weitere wichtige Gründe herausgearbeitet, die sich nach Easton als Legitimationsdefizit auf der „politischen Ebene“ einordnen lassen. So scheint es in Frankreich einen parteiübergreifenden Konsens zu geben, dass das EU-System Defizite hinsichtlich der Kontroll- und Partizipationsmechanismen aufweist (Kritik an „Entfremdung“ der Bürger vom politischen System der EU aufgrund technokratischer Entscheidungsprozesse, die nur einen zu geringen Raum für politische Debatten, inhaltliche Positionierungen und schließlich Einflussnahme ermöglichen etc.). Die unterschiedlichen Akteure bieten jedoch gegensätzliche Lösungsvorschläge an, deren Wirksamkeit angesichts der Problemanalyse in einigen Fällen zudem zweifelhaft ist:

- Das Regierungslager setzt darauf, nationale Interessen entschiedener zu formulieren und so die ‚Kontrolle über die EU zurück zu erlangen‘. Konservative Politiker (z.B. Sarkozy) fordern im Sinne einer „indirekten Politisierung“ mehr Intergouvernementalität auch außerhalb des EU-Institutionengefüges, damit die Mitgliedsstaaten und ihre durch Wahlen legitimierten politischen (und nicht administrativen) Entscheidungsträger die an die Kommission abgegebene Macht zurücknehmen (dies befindet sich z.B. im Kern der von Sarkozy propagierten Idee einer G6 als zwischenstaatlicher politischer Führung der EU). Hinzu kommen Forderungen nach mehr Subsidiaritätskontrolle und Kompetenzrücktransfers.
- Politiker der PS sprechen sich für eine „direkte“ Politisierung der EU aus, teilweise in Form einer gestärkten europäischen parlamentarischen Demokratie. Dies kann als institutionelle Unterfütterung der inhaltlichen Forderung nach einer Stärkung der sozialen Dimension verstanden werden.

Zwar stoßen der Ruf nach einer Rückgewinnung der politischen Kontrolle über die EU auf nationaler Ebene und mehr Subsidiarität sicherlich auf ein gewisses Echo in der Bevölkerung. Die „indirekte Politisierung“ über mehr Intergouvernementalismus und eine Regierungszusammenarbeit außerhalb des Institutionengefüges der EU kann jedoch eine Zerfase-

107 Dies ist eine Frage der nationalen Reformbereitschaft einerseits, aber auch der gemeinsamen Handlungswilligkeit andererseits. Der Ruf nach „besserem Output“ betrifft die Finanzierungsbereitschaft, die Bereitschaft zum Handeln mit langfristigen Zielen, statt national-motivierter Kurzfristigkeit etc. Insbesondere im Rahmen der Europäischen Währungsunion ist dies aber auch eine Frage der politischen Steuerungsfähigkeit in einer monetär integrierten Volkswirtschaft und fordert nach Ansicht vieler Autoren – konsequent zu Ende gedacht – sehr weitreichend vergemeinschaftetes Handeln, um überhaupt Impulse im Bereich Wachstum und Beschäftigung setzen zu können. Hierzu vergleiche z.B. Collignon, S. (2003): *The European Republic. Reflections on the political economy of a future constitution.* The Federal Trust, London; de Grauwe, P. (2006): *What have we learnt about monetary integration since the Maastricht Treaty?* forthcoming in: *Journal of Common Market Studies.* 2006).

rung, wachsende Intransparenz und erschwerte Konsensbildung mit sich bringen. Damit ist fraglich, ob eine solche Stärkung der Intergouvernementalität mittelfristig die politische Vertrauenskrise, die aus dem Gefühl unzureichender Partizipations- und Einflussmöglichkeiten resultiert, lösen kann – und nicht vielleicht sogar die Legitimation auf der utilitaristischen Ebene untergräbt, in dem Entscheidungen schwieriger werden.

Zudem ist eine Verbesserung der Legitimation auf der „politischen Ebene“, auch wenn sie sich auf die Aufwertung der nationalen Interessenverteidigung konzentriert, für die französische Regierung „nicht zum Nulltarif“ zu haben. Die französische Europapolitik müsste sich nationalen Debatten verpflichten, die den Bürgern und ihren Repräsentanten die Chance zur Teilnahme zulässt, was jedoch nicht der „außenpolitischen“ Tradition Frankreichs entspricht. Die bislang sehr begrenzten Auswirkungen des Vorhabens der Regierung Villepin, mehr Akteure in die Formulierung der Europapolitik einzubeziehen, bestätigen, dass eine Veränderung in dieser Hinsicht einen langwierigen Umgewöhnungsprozess erfordern dürfte. Wenn die nationalen europapolitischen Positionen einmal festgelegt sind, müssen diese im Rahmen diplomatischer Verhandlungsprozesse aufeinander abgestimmt werden. Der verhandelte Konsens aber kann per Definition von der ursprünglichen Position sehr wohl abweichen. Das EU-System basiert darauf, dass dieser Kompromiss von den nationalen Regierungen gegenüber der eigenen Öffentlichkeit „verkauft“ wird, als Ergebnis eines zuvor weitestgehend unöffentlichen Prozesses. Die Logik diese indirekten Legitimität, die normalerweise für internationale Organisationen gilt, wird häufig als ungeeignet für die EU kritisiert, die einen viel direkteren und tiefgreifenderen Einfluss auf das Leben der Bürger ausübt.

In der französischen Debatte berühren die Befürworter einer „direkten Politisierung“ beispielsweise mit der Forderung nach einer stärkeren parlamentarischen Demokratie auf EU-Ebene sehr grundlegende und weitreichende Fragen institutioneller Reformen. Sie bleiben dabei allerdings vage und unverbindlich und schlagen keine konkreten Handlungsschritte vor – obwohl sich dies ja im Kontext mit der notwendigen Diskussion um die Zukunft des VVE und der in ihm festgelegten Reformen anbieten würde, da sich ohnehin die Frage der politischen Identität der EU stellt. Diese Zurückhaltung mag sich dadurch erklären lassen, dass eine konsequente Aufschlüsselung der Vorschläge zumindest für einige Politikbereiche zur Schlußfolgerung führen mag, dass mehr Kompetenzen auf die supranationale Ebene übergehen müssen, womit sich die nationalen Akteure in ihren Kompetenzen beschneiden würden.¹⁰⁸

Das Legitimationsdefizit auf der „kulturellen“ Ebene, also die Verarbeitung und Akzeptanz des von dem Europäisierungsprozess ausgehenden Anpassungsdrucks auf nationale Referenzen, wird im Gegensatz zu den beiden anderen kaum explizit thematisiert. Die Selbstverortung in Bezug

108 Eine der wenigen Ausnahmen bildet in diesen Zusammenhang der Parteitagstrag des Flügels « Nouveau Parti Socialiste »: Pour une alternative socialiste, Le Mans, 18. November 2005. <http://congres2005.parti-socialiste.fr/IMG/pdf/motion5.pdf>

auf diese kulturelle oder identitäre Dimension ist nicht eindeutig. Staatspräsident Chirac, aber auch die Sozialisten, halten einerseits rhetorisch an der Polarisierung zwischen einem britischen, „anti-europäischen“ Lager und einem französischen, „genuin europäischen“ fest. Das Misstrauen gegenüber den neuen EU-Mitgliedern, die Sorge um die Führungsrolle Frankreichs in der erweiterten EU und die Ablehnung künftiger Erweiterungsrounden stärken den Eindruck der „Bedrohung“ Frankreichs in der EU. So wird andererseits die Bedeutung und der notwendige Schutz des „nationalen Interesses“ affirmiert, und in diesem Zuge eine Opposition zwischen „Europäischem“ und „Nationalem“ aufgebaut. Derartige Reaktionen der französischen Politiker nach dem 29. Mai 2005 dürften daher kaum zu einem besseren Verständnis des EU-Systems, zu einer gewissen Akzeptanz des Anpassungsdrucks auf nationale Identitäten oder zur Entwicklung eines Gefühls für eine gesamteuropäische Solidarität und eine gesamteuropäische Interessenlage beigetragen haben. Vielmehr könnte sich der „kulturelle Graben“ zwischen Frankreich und der EU in anbeacht der Entwicklungen im französischen Europadiskurs verbreitert haben.

Bei ihrer Suche nach Strategien zur Stärkung des französischen Einflusses in der EU haben französische Akteure zudem immer wieder die Idee der differenzierten Integration aufgegriffen, nach der einige Länder (hauptsächlich die Euro-Zone) um Frankreich einen von den weiteren Mitgliedsstaaten umgebenen Kern bilden würden. Immer wieder werden Kooperationsmöglichkeiten außerhalb des EU-Rahmens in Erwägung gezogen. Ein Europa mehrerer Geschwindigkeiten ist somit politisch als Option anerkannt. Die Forderung nach Zusammenarbeit jenseits des EU-Institutionengefüges könnte auch darauf hinweisen, dass sich zumindest Teile des bürgerlichen Lagers vom traditionellen Modell der „méthode communautaire“, einer gleichmäßigen Integration im bestehenden Institutionengefüge mit seinen supranationalen Elementen, verabschiedet haben.

2. Handlungsoptionen

2.1 Für Frankreich

Aufgrund der oben aufgezeigten Fokussierung auf einen aus französischer Sicht besseren „Output“ der EU, scheinen die bislang in Frankreich formulierten Vorschläge zur Beantwortung des „Neins“ nicht dazu geeignet, eine grundlegende Verbesserung der Legitimationsgrundlage in den drei Facetten von Easton (politische, kulturelle, utilitarische Legitimation) zu erbringen. Sichtbar klaffen die Vorschläge auf politischer Ebene und die in der Literatur etwa unter dem Stichwort der „Politisierung“ und „Demokratisierung“ der EU zu findenden Reformkonzepte

auseinander.¹⁰⁹ Abstrakt gesprochen zielen letztere darauf ab, den gegenwärtigen „diplomatisch-administrativen“ Politikgestaltungsprozess so zu reformieren, dass EU-Entscheidungen und Politiken zum legitimen Ergebnis einer Auswahl zwischen mehreren politischen Alternativen im Rahmen einer offenen Diskussion werden. Dabei sollten diese Debatten und Entscheidungsverfahren (wie z.B. die Ratifikation des VVE) verstärkt auf der gesamteuropäischen statt auf der nationalen Ebene stattfinden, damit die EU *per se* als Objekt der demokratischen Souveränitätsausübung verankert wird. Eine solche direkte Politisierung der EU könnte zum einen das politische Vertrauensdefizit (Eastons politische Legitimation) lösen. Darüber hinaus könnte die gemeinsame politische Praxis die Entstehung eines stärkeren europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls fördern, indem transnationale Konsensbildungsprozesse gestärkt werden, und somit zur Lösung des festgestellten „kulturellen Legitimationsdefizits“ beitragen. In der Literatur finden sich diesbezüglich zahlreiche institutionelle Reformvorschläge, die in ihrer Tragweite weit über die Reformen des VVE hinausgehen würden, und daher allenfalls als sehr langfristiges politisches Projekt dienen würden. Für den unmittelbaren Zeithorizont aber lassen sich auf Handlungsebene der Akteure Vorschläge machen, die für die EU in ihrer heutigen institutionellen Form legitimationsfördernd wirken dürften. Für die französische politische Führung lassen sich daraus folgende Handlungsoptionen ableiten:

- Die europäische Debatte sollte in Frankreich weiter gefördert werden. Dies betrifft einerseits den unmittelbaren Handlungsbedarf, sich klar zum VVE oder seinen politischen Inhalten zu positionieren, und Alternativen dazu in aller Konsequenz zur Debatte zu stellen. Im Kern ist dies die Diskussion um die politische Identität der Union und die Rolle der Nationalstaaten in der Gemeinschaft, die viele Akteure in Frankreich in den letzten Jahrzehnten mit größtenteils illusorischen Vorzeichen geführt haben. Zu der Diskussion um Alternativen gehört es auch, einen realistischen und legitimen Weg für die EU-25 dorthin aufzuzeigen – oder alternative Modelle abgestufter Integration unter Berücksichtigung aller Kosten- und Nutzenargumente zu diskutieren. Die Chance, eine kontroverse Debatte über die Zukunft der EU zu führen, besteht und sollte genutzt werden, schließlich spricht sich die Mehrheit der Franzosen mehrheitlich für eine Verfassung für Europa aus.¹¹⁰
- Jenseits der VVE-Diskussion sollten auch in „Normalzeiten“ ohne

109 Vgl. z. B. Collignon, S. (2006): Europa reformieren – Demokratie wagen. Internationale Politikanalyse, Europäische Politik, Friedrich-Ebert-Stiftung; Fabry, E. (2006): Relaunching the European Union: a Civic Approach. Policy Brief No. 8, 24. Januar 2006, Fondation pour l'innovation politique; Ricard-Nihoul, G. (2005); Schwarzer, D. (2005); Thalmaier, B. (2006): Partizipation und Politisierung als Antwort auf die Akzeptanz- und Legitimationskrise der Europäischen Union. CAP-Analyse, Centrum für angewandte Politikforschung, Ausgabe 1 März 2006.

110 „Quelle Europe? La construction européenne vue par les Français“, Eurobarometer, März 2006.

Referenden europäische Themen mehr Aufmerksamkeit erhalten. Dies schließt offene Erklärung der französischen Position gegenüber der nationalen und der europäischen Öffentlichkeit ein. Die französische Europapolitik selbst sollte thematisiert und zum Objekt einer demokratischen Debatte werden, bei der insbesondere auch das Parlament einbezogen wird, statt derartige Fragen in der „domaine réservé“ der Exekutive zu belassen.¹¹¹

- Die europäische Dimension der nationalen Politik sollte stärker betont werden. Die europäischen Kontextbedingungen, im Rahmen derer die nationalen politischen Programme durchgeführt werden, sollten besser erläutert werden, um durch das realistische Aufzeigen der europäischen Perspektive die Abschottung beider Sphären zu verringern.¹¹²
- Klartext reden: Die Kluft zwischen einem politischen Diskurs, der sich an tradierte, emotionsgeladene Idealbilder anlehnt, und einem politischen Handeln, das solchen Ansprüchen in veränderten Bedingungen nicht gerecht werden kann bzw. will, bildet ein zentrales Charakteristikum der seit zwei Jahrzehnten schwelenden politischen Krise des Landes und dürfte einen entscheidenden Anteil an der wachsenden Entfremdung der Bürger von der Politik haben.¹¹³ Dieses Verhalten ist während der Referendumskampagne erneut eindeutig zutage getreten, z.B. in Zusammenhang mit den Versprechungen von reibungsloser „Neuverhandlung“. Notwendig für die Lösung der politischen Krise des Landes (welche sich zweifelsohne auch auf die Wahrnehmung der EU überträgt) ist es daher, eine ehrliche Diskussion über die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik im Allgemeinen zu führen, insbesondere über den „Erhalt“ oder die notwendige Veränderung traditioneller Elemente des französischen Selbstverständnisses wie z.B. des „französischen Sozialmodells“. Eine solche Diskussion muss aber auch spezieller gesehen im Bezug auf das Verhältnis zwischen Frankreich und der EU stattfinden. Dies würde ein Abkommen von der selbstprojizierenden Illusion eines „französischen Europas“ bedeuten und statt dessen die Besonderheiten der europäischen Politikgestaltungsprozesse hervorheben, wie auch die Tatsache, dass die europäische Integration unausweichliche Veränderungen mit sich bringt und damit von großem Interesse ist.

2.2 Für die EU-25

Auf europäischer Ebene ist die Suche nach einem Ausweg aus der „Verfassungskrise“ gerade in das zweite Jahr gegangen, in dem die Reflexionsphase bis mindestens Sommer 2007 verlängert wurde. Frankreich wird bei der Suche nach einem Ausweg weiter eine wichtige Rolle spielen. Somit werden die EU-Mitgliedstaaten – und gerade auch die deutsche Ratspräsidentschaft – mit Frankreich „rechnen müssen“, wenn die durch den Nizza-

¹¹¹ Vgl. Chopin, T. (2005), S. 4.

¹¹² Fabry, E. (2006), S. 2.

¹¹³ Vgl. hierzu Schild, J. (2005), S. 195f.; Uterwedde, H. (2005) S. 23; Veit, W. (2006), S. 8ff.

Vertrag eingeforderten und durch die Arbeit des Konvents beispielhaft ausgearbeiteten Reformen verwirklicht werden sollen. Auch bei einem Verhältnis von 20 VVE-Ratifizierer-Staaten, 3 Unentschlossenen und 2 Nicht-Ratifizierern werden Frankreich und die Niederlande, die der letzten Gruppe zuzurechnen sind, die Diskussion um den Ausweg aus der Krise maßgeblich mitbestimmen.

Die unmittelbare Herausforderung – auch für die deutsche Ratspräsidentschaft 2007 – besteht darin, gemeinsam einen offenen Dialog über Auswege aus der Krise zu beginnen, in dem nicht nur ein Konsens über die Ursachen der derzeitigen Krise erzielt wird, sondern gemeinsame Maßstäbe gefunden werden, anhand derer die Vorschläge für Auswege aus der Krise bewertet werden können. Dabei sollten alle EU-Staaten – einschließlich Frankreich und der Niederlande – dazu gezwungen werden, eine klare Stellungnahme darüber abzugeben, wie sie zum EU-Verfassungsvertrag bzw. seinen wichtigsten Reformelemente stehen. Da der VVE Elemente enthält, die der derzeitigen Positionierung der bürgerlichen französischen Regierung in ihrem Streben nach mehr Intergouvernementalität und nationaler Kontrolle entgegen stehen, besteht hier wichtiger Klärungsbedarf. Bisher ist Frankreich nicht bereit, durch einen eigenen Wandel einen Beitrag für das weitere Voranschreiten zu leisten und erwartet vielmehr ein Entgegenkommen von Seiten der Europäischen Union. Damit wird das Bild eines von Frankreich geprägten Europas nach Innen aufrechterhalten, das in der Realität einer EU von 25 Mitgliedstaaten jedoch obsolet geworden ist. Das Land erweist sich auf diese Weise als zunehmend blockierend für künftige Entwicklungen in Europa.

Besteht weiterhin ein Konsens zur Umsetzung der Reformen im VVE, sollten die EU-Staaten vor dem Hintergrund der französischen, niederländischen, aber selbstverständlich auch europaweiten Diskussion Ansätze entwickeln, die den wichtigsten formulierten Vorbehalten entgegenkommen. Die intensive Diskussion in Frankreich und den Niederlanden liefert hierfür Anregungen, die auch für die anderen EU-Staaten anknüpfungsfähig sein dürften. Es ginge dabei vor allem darum, die sozial- und wirtschaftspolitische Dimension sowie die Funktion des Europäischen Union im Hinblick auf die Souveränität und nationale Identität der Mitgliedstaaten in der erweiterten EU deutlich zu machen. Die EU wird dabei auch in ihrer äußeren Dimension als Teil einer globalisierten Weltwirtschaft betrachtet. Folgende Maßnahmen würden sich hier anbieten:¹¹⁴

- Die Verabschiedung einer Sozialcharta, die als Opt-In von allen EU-Staaten zusätzlich zum VVE angenommen werden kann.
- Eine Erklärung zum Schutz nationaler Identitäten und Souveränität. Identitätsbildende, nationale Besonderheiten würden so konstitutive Elemente der europäischen Integration identifiziert, und der EU käme die Aufgabe zu, diese zu schützen.
- Die Verabschiedung einer Erklärung zu einer europäischen Globalisierungsstrategie, die die sozialen und wirtschaftlichen Standards der EU

114 Maurer, A./Schwarzer, D.(2006), S. 4.

in außenpolitisch wirksame Richtlinien für die Beziehungen zu Drittstaaten übersetzt.

Diese Vorschläge könnten hilfreich sein, den VVE oder zumindest die wichtigsten Elemente seiner politischen Substanz (also insbesondere die in ihm festgelegten Reformen von Institutionen und Entscheidungsregeln) auf den Weg der wie auch immer gearteten Ratifizierung zu bringen. Sie bieten Alternativen dafür an, wie die Themen Globalisierung, Soziales, nationale Identitäten etc. so besetzt werden können, dass der EU-Kontext als Chance zu ihrem Schutz verstanden wird, und nicht als Bedrohung ihrer Existenz. Wie die französische Debatte um den VVE und die im Nachgang zum Referendum dort formulierten Vorschläge gezeigt haben, ist der politische Reflex eher der, eine Opposition (Konfrontation) zwischen EU und nationaler Ebene aufzubauen, statt die EU als Schutzraum des nationalen zu „entdecken“ und zu entwickeln. Dies gilt nicht nur für die Diskussion in Frankreich, sondern zeichnet sich in vielen Mitgliedstaaten ab.

Über diese möglichen Zusätze zum VVE hinaus sollte nicht die Chance verpasst werden, die im Vorfeld der Referenden begonnen kontroverse „Grundsatzdebatte“ über die Zukunft Europas konsequent und konstruktiv weiterzuführen. Die Analyse der französischen Reaktionen auf das „Nein“ zeigt, dass zumindest die französische politische Elite derzeit nicht bereit ist, grundlegende Fragen zur politischen Identität der EU, zu wünschenswerten Kontroll- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Wähler auf EU-Ebene und damit auch die Rolle der nationalen Regierungen offensiv anzugehen. Als – selbstschützende – Antwort wird nicht nur in Frankreich vielmehr die nationale Souveränität und Kontrolle überbetont, was sich beispielsweise an der in verschiedenen Hauptstädten lancierten Subsidiaritätsdiskussion, an der Betonung nationaler Interessen, an protektionistischen Reflexen etc. ablesen lässt.

Da sich derartige Reflexe nicht nur in Frankreich zeigen, befindet die EU sich derzeit in einer politischen Konstellation, in der das Souveränistische gegenüber dem Kommunautären Gewicht gewinnt, während die traditionellen Integrationsmotoren, wie etwa die Europäische Kommission, politisch geschwächt sind. Die zentrifugalen Kräfte drohen die zentripetalen Kräfte zu dominieren – mit allen Risiken für den Zusammenhalt in der EU, für die gemeinsame Handlungsfähigkeit – und damit natürlich auch für die „Output-Fähigkeit“. Statt diesen Kräften freien Lauf zu lassen, sollte eine ernsthafte Zukunftsdiskussion über das Selbstverständnis der EU nach Innen und als internationaler Akteur geführt werden.

V. Anhang

1. Ergebnisse Referendum VVE 29. Mai 2005

IPSOS			TNS-SOFRES		
Wähler, die ihre Stimme abgegeben haben	Oui %	Non %	Wähler, die ihre Stimme abgegeben haben	Oui %	Non %
Gesamt	45	55	Gesamt	45,5	55,5
Klassifikation nach Parteinähe					
Extreme Linke	6	94	Extreme Linke	-	-
PCF	2	98	PCF	5	95
PS	44	56	PS	41	59
Verts	40	60	Verts	36	64
UDF	76	24	UDF	76	24
UMP	80	20	UMP	76	24
MPF	25	75	MPF	-	-
FN / MNR (extreme Rechte)	7	93	FN / MNR (extreme Rechte)	4	96
Klassifikation nach Altersklasse					
18-24	44	56	18-24	41	59
25-34	45	55	25-34	41	59
35-44	39	61	35-49	35	65
45-59	38	62	50-64	45	55
60-69	56	44	über 65	63	37
über 70	58	42			
Klassifikation nach Berufskategorie					
Arbeiter	21	79	Arbeiter	19	81
Einzelhändler und Handwerker	49	51	Einzelhändler und Handwerker	45	55
Mittlere Angestellte	47	53	Mittlere Angestellte	46	54
Leitende Angestellte und intellektuelle Berufe	65	35	Leitende Angestellte und intellektuelle Berufe	62	38
Klassifikation nach Bildungsstand					
Ohne Abschluß	28	72	Ohne Abschluß	40	60
Mittlere Reife	35	65	Mittlere Reife	32	68
Abitur	47	53	Abitur	41	59
Hochschulabschluß	54	46	Hochschulabschluß	57	43

Quellen:

- Le référendum du 29 mai 2005, enquête Unilog tns-Sofres réalisée pour TF1, RTL et le Monde
- Référendum 29 mai 2005 : Le sondage sorti des urnes, enquête réalisée par IPSOS pour Le Figaro, France 2 et Europe 1.

2. Vergleich der Ergebnisse der Referenden VVE 2005 und Maastricht 1992

Wähler, die ihre Stimme abgegeben haben	VVE		Maastricht		Differenz
	Oui %	Non %	Oui %	Non %	%
Gesamt	45	55	51	49	- 6
Klassifikation nach Parteienähe					
Extreme Linke	6	94	30	70	- 24
PCF	2	98	19	81	- 17
PS	44	56	78	22	- 34
Verts	40	60	57	43	- 17
UDF	76	24	61	39	+ 15
UMP (1993: RPR)	80	20	41	59	+ 39
MPF	25	75	-	-	-
FN / MNR (extreme Rechte)	7	93	8	92	- 1
Klassifikation nach Altersklasse					
18-24	44	56	51	49	- 7
25-34	45	55	48	52	- 3
35-44	39	61	51	49	- 12
45-59	38	62	53	47	- 15
60-69	56	44	55	45	+ 1
über 70	58	42	-	-	-
Klassifikation nach Berufskategorie					
Arbeiter	21	79	39	61	- 18
Einzelhändler und Handwerker	49	51	51	49	- 2
Mittlere Angestellte	47	53	62	38	- 15
Leitende Angestellte und intellektuelle Berufe	65	35	67	33	- 2
Klassifikation nach Bildungsstand					
Ohne Abschluß	28	72	-	-	-
Mittlere Reife	35	65	-	-	-
Abitur	47	53	-	-	-
Hochschulabschluß	54	46	-	-	-

Quelle: Ipsos: les sondages sortis des urnes, comparatif 29 mai 2005 / 20 septembre 1992

3. Zusammenfassung der europapolitischen Stellungnahmen wichtiger französischer Politiker seit dem Referendum zum VVE

	VVE	Europapolitische Äußerungen seit dem 29. Mai 2005	Zentrale inhaltliche Punkte
Jacques Chirac (UMP) <i>Staatspräsident</i>	Oui	<p>26.10.05: Meinungsbeitrag in europäischen Zeitungen (unter anderem Figaro und FAZ)</p> <p>10.01.06: Neujahrsgruß an das diplomatische Corps, Paris</p> <p>24.04.06: offizielle Stellungnahme Frankreichs zu institutionellen Verbesserungen im Rahmen der bestehenden Verträge</p>	<p>- Plädoyer für eine europäische soziale Marktwirtschaft, Abgrenzung vom „britischen“ Modell der reinen Freihandelszone</p> <p>- „Europe des projets“: Verstärkung der gemeinsamen Aktionen in konkreten Politikfeldern (wie z.B. F&E, Energie, Zuwanderung)</p> <p>- Vertiefung der Institutionen auf der Grundlage der bestehenden Verträge (Vorwegnahme von Reformen des VVE), insbesondere Vergemeinschaftung der inneren Sicherheit, Stärkung der GASP, Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente</p> <p>- Differenzierte Integration anhand von „Pioniergruppen“</p>
Catherine Colonna <i>Europa-Ministerin (Außenminister Douste-Blazy unterstellt und Chirac-Vertraute)</i>		28.11.05: offizielles Dokument zur Europapolitik der Regierung Villepin 6 Monate nach Amtsantritt	4 „Pfeiler“ der Europapolitik der Regierung Villepin: erhöhte Effizienz der Regierungsarbeit in Paris und Brüssel; bessere Informationspolitik und Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungsprozesse; offensive Vertretung der französischen Interessen; konkrete Impulse bevorzugen (Europe des projets)
Dominique de Villepin (UMP) <i>Premier Minister ; möglicher Präsidentschaftsanwärter 2007</i>	Oui	18.01.06: Europa-Rede vor der Humboldt-Universität zu Berlin	<p>- 3 Leitideen: Die EU als intergouvernementale und subsidiäre Föderation der Nationalstaaten; Stärkung der nationalen Parlamente; Stärkung der GASP</p> <p>- Notwendigkeit klarer Grenzen, abhängig von</p>

			<p>der Absorptionskapazität der EU</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das deutsch-französische Tandem als Triebkraft des „Europa der Projekte“ (Vorschläge: deutsch-französische Grenzpolizei, deutsch-französisches Technologiezentrum)
<p>Nicolas Sarkozy (UMP) <i>Innenminister und UMP-Vorsitzender; Präsidentschaftsanwärter 2007</i></p>	Oui	<p>24.09.05: Abschlussrede vor der UMP-Konvention zu Europa, Paris</p> <p>16.02.06: Europa-Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin</p> <p>31.03.06: Rede vor dem EVP-Parteitag, Rom</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Der Sieg des Nein erklärt sich durch die Ineffizienz der EU. Notwendigkeit konkreter Erfolge und Projekte (innere Sicherheit, Zuwanderung, Energie, Wirtschaftspolitik der Eurogroup usw.) - Die EU braucht klare Grenzen auf der Basis einer europäischen Identität; Stärkung der Nachbarschaftspolitik; gegen den Türkei-Beitritt - Die EU braucht eine zwischenstaatliche politische Führung, aber G6 statt deutsch-französischen Tandems - Der VVE wird für tot erklärt. Kein zweites Referendum in Frankreich - 3-Stufen-Plan aus der Verfassungsblockade: 1) Vertiefung innerhalb der bestehenden Verträge; 2) kleiner institutioneller Vertrag (Teil I- VVE); 3) umfassende Debatte über Grundwerte, Größe und Grenzen der EU
<p>Michel Barnier (UMP) <i>Europa-Berater Sarkozys, ehemaliger Außenminister und EU-Kommissar</i></p>	Oui	<p>29.05.05: Meinungsbeitrag in der Tageszeitung „Le Monde“</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die EU braucht zwar konkrete Projekte, aber diese reichen nicht aus, um der EU einen neuen Sinn zu geben - Vorschläge zur Demokratisierung der EU: europäische Referenden zur Ratifizierung neuer Verträge oder neuer Beitritte; Zuweisung einiger Sitze im EP an transnationale Listen; transparentere Sitzungen des Ministerrates durch die Anwesenheit nationaler

3. Zusammenfassung der europapolitischen Stellungnahmen wichtiger französischer Politiker seit dem Referendum zum VVE

			Parlamentarier
<p>Francois Hollande (PS) <i>PS-Vorsitzender; möglicher Präsidentschaftsanwärter 2007</i></p>	Oui	<p>20.11.05: Beitrag und Abschlussrede vor dem PS-Parteitag, Le Mans</p>	<p>- Der Horizont der französischen Sozialisten für die EU bleibt eine föderale parlamentarische Demokratie - Dennoch erklärt er den VVE für tot - Vor den institutionellen Fragen sind konkrete Prioritäten zu lösen, um den Integrationsprozess wiederzubeleben: Abschaffung der „neoliberalen“ EU-Richtlinien; Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie der Statuten der EZB; „gouvernement économique“ der Euro-Zone; Erhöhung des EU-Haushalts auf 2% des BIP; „Sozialvertrag“ gegen Steuer- und Lohn-dumping in der EU</p>
<p>Laurent Fabius (PS) <i>Ehemaliger Premier und Finanzminister; Präsidentschaftsanwärter 2007</i></p>	Non	<p>01.10.05: Beitrag zum PS-Parteitag von Le Mans vom 18. bis 20.11.05</p> <p>19.01.06: Interview auf der „chaîne parlementaire“ (parlamentarischer Fernsehsender)</p> <p>23.05.06 : Meinungsbeitrag in der Tageszeitung „Le Monde“</p>	<p>- Schlägt einen „Plan zur Wiederbelebung Europas“ vor - Zuerst konkrete Projekte, (insbesondere F&E und Bildung), Abschaffung der neoliberalen Richtlinien, Erhöhung des EU-Haushalts durch Schaffung einer EU-Steuer - Dann Moratorium über künftige Erweiterungen bis neue institutionelle und soziale Regeln in Kraft treten - Schließlich Lösung der Verfassungsblockade: Teil III-VVE verwerfen, Teile I und IV neu verhandeln, um ein „soziales Europa“ zu ermöglichen - Der Motor der EU: Über das deutsch-französische Tandem hinaus soll es die Euro-Zone sein (Ziel der wirtschaftlichen Koordinierung und der sozialen Harmonisierung). Der langfristige Horizont ist eine differenzierte Integration nach einem 3-Kreisen-</p>

			Muster: Euro-Zone, weitere EU-Mitgliedsstaaten, und privilegierte Partner (zu denen die Türkei gehören soll!)
Ségolène Royal (PS) <i>Präsidentin der Region Poitou-Charente; Präsidentschaftsanwärterin 2007</i>	Oui	16.03.06: Interview in der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“	- Erste Priorität: das Vertrauen der Bürger in die EU wiederherstellen, durch konkrete Erfolge in den Bereichen Arbeitsmarkt, Umwelt und Gesundheit - Dann wäre ein neues Referendum vielleicht möglich. Der VVE ist noch nicht tot
Dominique Strauss-Kahn (PS) <i>Ehemaliger Finanzminister; Präsidentschaftsanwärter 2007</i>	Oui	13.01.06: gemeinsamer Meinungsbeitrag mit europäischen sozialdemokratischen Politikern in der Tageszeitung „les Echos“ 09.05.06: Internet-Beitrag zum Europa-Tag	- 3-fache Kritik der Bürger an der EU: wirtschaftlich ineffizient, sozial gefährdend und demokratisch nicht legitimiert - Dazu sind Reformen in Gang zu setzen: Investitionen in F&E und Bildung, wirtschaftspolitische Koordinierung der Eurogroup, EU-Mindestlohn, vollständige Verantwortung der EU-Kommission vor dem Parlament usw. - Dazu sollen alle europäischen Sozialdemokraten ein gemeinsames Europaprogramm verfassen
Lionel Jospin (PS) <i>Ehemaliger Premier Minister und PS-Vorsitzender; möglicher Präsidentschaftsanwärter 2007</i>	Oui	27.10.05: Veröffentlichung eines politischen Buches „Le monde comme je le vois“	- Sehr negatives und pessimistisches Bild der EU - Das Nein ist die Konsequenz der Furcht vor Auflösung der nationalen Identität. Die EU bleibt eine intergouvernementale internationale Organisation, kann nicht mehr sein als eine „Föderation der Nationalstaaten“ - Der VVE ist tot und somit jegliche institutionelle Reform für die nächsten Jahre unmöglich

3. Zusammenfassung der europapolitischen Stellungnahmen wichtiger französischer Politiker seit dem Referendum zum VVE

<p>Arnaud Montebourg (PS) <i>Mitbegründer Parteiflügel „Nouveau Parti Socialiste“ und „Renover maintenant“</i></p>	<p>Non</p>	<p>18.11.2005: Parteiantrag des PS-Flügels „Nouveau Parti Socialiste“</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ein klares sozialistisches Projekt für die Zukunft Europas ist zu formulieren und in allen Mitgliedstaaten gemeinsam durchzusetzen - Vor dem Hintergrund der Krise des liberalen Europas sind konkrete politische Instrumente notwendig (fiskalischer Föderalismus, Reform der EZB, ein klares Industrieprojekt etc.) - Schaffung einer europäischen Republik, um die demokratische Legitimität wieder herzustellen und die Bürger verstärkt und direkt in das europäische Projekt einzubinden
--	------------	---	--

VI. Literatur- und Quellenverzeichnis

Sekundärliteratur

- Beetham, D. /Lord, C. (1998): Legitimacy and the European Union. London/New York: Longman.
- Chopin, T. (2005): La culture politique française face à l'Europe. Questions d'Europe : les policy papers de la fondation, Fondation Robert Schuman.
- Collignon, S. (2006): Europa reformieren – Demokratie wagen. Internationale Politikanalyse, Europäische Politik, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Collignon, S. (2003): The European Republic. Reflections on the political economy of a future constitution. The Federal Trust, London.
- De Grauwe, P. (2006): What have we learnt about monetary integration since the Maastricht Treaty? forthcoming in: Journal of Common Market Studies.
- Duhamel, A. (2005): La République, l'identité et la souveraineté de la France. In: Le Débat, März-April, Nr. 134, S. 42-51.
- Easton, D. (1965): A systems analysis of political life; New York: Wiley.
- Fabry, E. (2006): Relaunching the European Union: a Civic Approach. Policy Brief Nr. 8, 24. Januar 2006, Fondation pour l'innovation politique.
- Ghitalla, F./Fouetillou G. (2005): Le web et le débat sur la Constitution européenne. Groupe « Réseaux, Territoires et Géographie de l'Information » (RTGI), Université de Technologie de Compiègne, Juli 2005, abrufbar unter : <http://www.utc.fr/rtgi/index.php?rubrique=1&sousrubrique=0&study=constitution>
- Lepsius, R. M. (1999): Die Europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität. In: Viehoff, R./Segers, R.T. (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 201-222.
- Maurer, A./Schwarzer (2006): Alle Karten auf den Tisch! Ansätze zur Überwindung der konstitutionellen Malaise in der EU. SWP-Aktuell 2006/28, Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2006.
- Maurer, A. u.a. (2006): Die Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag. Diskussionspapier der Forschungsgruppe EU-Integration, Stiftung Wissenschaft und Politik, 11. akt. Aufl.
- Perrineau, P. (2005): Le référendum français du 29 mai 2005 – l'irrésistible nationalisation d'un vote européen. In: Perrineau, P. (Hrsg.): Le vote européen 2004-2005. De l'élargissement au référendum français, Paris : Presses de Sciences Po, S. 229-244.
- Reynié, D. (2005a): Radioscopie de la campagne référendaire. Beitrag zu den Journées nationales d'Etudes du Mouvement Européen France, Aix-en-Provence.
- Reynié, D. (2005b): 29 mai 2005, un paysage dynamité. Abrufbar unter :

- http://constitution-europeenne.info/special/france_analyse.pdf
- Ricard-Nihoul, G. (2005) : Le « non » français du 29 mai 2005 : comprendre, agir. Notre Europe, Etudes et Recherches nr. 44.
- Ritzenhofen, M. (2005): Das Nein der Franzosen zur EU-Verfassung. Innenpolitische Voraussetzungen und Konsequenzen. In: Dokumente, Heft 3/2005, S. 6-11.
- Uterwedde, H. (2005): Europa und die „soziale Malaise“ der Franzosen. In: Dokumente, Heft 3/2005, S. 19- 25.
- Uterwedde, H. (2006): Der Konflikt um den CPE. Ein politisches Lehrstück. In: Dokumente, Nr. 2, S. 12-17.
- Schild, J. (2005): Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum. In: Integration, Nr. 3, S. 187-200.
- Schild, J. (2005): Der europäisierte Gaullismus: Zur Wechselwirkung zwischen nationalen und europäischen Formen des Regierens. In: Schild, J./Uterwedde, H. (2005): Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel. Festschrift für Adolf Kimmel, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 211-232.
- Schwarzer, D. (2005): Lehren aus den gescheiterten Verfassungsreferenden. Die Europäische Union muss politisiert werden. SWP-Aktuell, Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2005.
- Thalmaier, B. (2006): Partizipation und Politisierung als Antwort auf die Akzeptanz- und Legitimationskrise der Europäischen Union. CAP-Analyse, Centrum für angewandte Politikforschung, März 2006.
- Veit, W. (2006): Was bleibt vom französischen Modell? Internationale Politikanalyse, Europäische Politik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Februar.
- Veit, W. (2006), Der Kampf um das verlorene Paradies. Frankreich Info, Referat westliche Industrieländer, Friedrich Ebert Stiftung, April.
- Von Oppeln, S. (2005): Das Projekt Europa im Spiegel der französischen Verfassungsdebatte. In: Dokumente, Heft 3/2005, S. 12-18.

Dokumente, Reden und Meinungsbeiträge

- Attac France (2005): « Pour un nouveau traité: 21 exigences non satisfaites dans la Constitution ». Stellungnahme zum VVE, abrufbar unter : <http://www.france.attac.org/a4748>
- Chirac, J.: « Force et Solidarité: Répondre aux attentes des Européens » Meinungsbeitrag in mehreren europäischen Zeitungen, unter anderem der „FAZ“, veröffentlicht am 26.10.2005, abrufbar unter: http://www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais/interventions/interviews_artic-les_de_presse_et_interventions_televisees./2005/octobre/tribune_de_m_jacques_chirac_president_de_la_republique_parue_dans_le_figaro_et_plusieurs_journaux_europeens.31690.html
- Chirac, J.: Voeux au Corps diplomatique (Neujahrgruß an das diplomatische Korps), am 10.01.2006 in Paris, abrufbar unter: http://www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais/interventions/discours_et_d

- [eclarati-
ons/2006/janvier/allocution_du_president_de_la_republique_lors_de_la
_presentation_des_voeux_du_corps_diplomatique.37853.html](#)
- Colonna, C.: « Six mois d´action gouvernementale en matière européenne » Bilanz der französischen Europaministerin am 28.11.2005 in Brüssel, http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/action_gouvernementale.pdf
- Contribution française: « Améliorations institutionnelles à partir du cadre des traités existants. » Offizielle Stellungnahme Frankreichs zur Verbesserung der Eu-Institutionen auf der Basis der bestehenden Verträge, veröffentlicht am 24.04.06, abrufbar unter: <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/contribution-FR.pdf>
- de Villepin, D.: Impulsreferat des französischen Premierministers am 27.1.2006 in Salzburg, abrufbar unter: http://eu2006.at/de/News/Speeches_Interviews/2701villepin.html
- de Villepin, D.: Rede des französischen Premierministers an der Humboldt-Universität zu Berlin am 18.1.2006, abrufbar unter: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/villepin_humboldt_fr.pdf
- de Villepin, D.: Association du parlement, des collectivités territoriales, des partenaires sociaux et de la société civile au processus de décision européen, Mitteilung des Premierministers vom 19.12.2005, veröffentlicht im JORF vom 9.2.2006, S. 2073.
- de Viliers, P. u.a. (2005): « Nous, Européens du Non ». Manifest gegen den VVE, veröffentlicht am 11.05.2005, abrufbar unter: www.autre-europe.org/doc/Appel%20du%20non.doc
- Fabius, L.: « Relancer l´Union Européenne » Meinungsbeitrag in der Tageszeitung « Le Monde », 22.05.06.
- Herbillon, M. (2005): La fracture européenne. Après le référendum du 29 mai: 40 propositions concrètes pour mieux informer les Français sur l´Europe. Bericht des französischen Abgeordneten an den Premierminister Dominique de Villepin, Juni 2005.
- Hollande, F.:Voeux à la Presse, 16.1.2006, abrufbar unter: http://www.fhollande.net/article/index.php?id_doc=1061
- Hollande, F./di Rupo, E./Fassino, P.: Déclaration commune sur l´Union européenne (gemeinsame Erklärung zur Europäischen Union), 16.12.2005, abrufbar unter: http://www.parti-socialiste.fr/tiki-index.php?page=051216_declaration_fh_dirupo_fassino
- Hollande, F.: Abschlussrede auf dem PS-Kongress von Le Mans, 20.11.2005, abrufbar unter: <http://congres2005.parti-socialiste.fr>
- Jospin, L. (2005): Le monde comme je le vois, Paris : Gallimard.
- Sarkozy, N.: Rede im Rahmen der „Convention pour un projet populaire - Une vision de l´action, des frontières : notre projet pour l´Europe“ (Paris, Maison de la Mutualité) am 24.9.2005, abrufbar unter: <http://www.u-m-p.org/site/GrandDiscoursAffiche.php?IdGrandDiscours=152>
- Sarkozy, N.: Rede vor der Konrad Adenauer Stiftung in Berlin am 16.2.2006, abrufbar unter: http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/sarkozy_europa_berlin_fr.pdf

Umfrageanalysen

Eurobarometer-Flash 171 (2005): La Constitution européenne: Post-Référendum France.

Eurobarometer-Flash 178 (2006): Quelle Europe? La construction européenne vue par les Français.

Ifop (2004): Les Européens et la Turquie. Abrufbar unter: <http://www.ifop.com/europe/docs/europeturquie.pdf>

Ipsos (2005): Référendum 29 mai 2005: Le sondage sorti des urnes.

Tns-Sofres (2005): Le référendum du 29 mai 2005, Fiche technique.

CSA (2006): L'intention de vote dans l'hypothèse d'un nouveau référendum sur le traité constitutionnel européen- Mai.